

Erfahrungen mit Nachteilsausgleich in der Sekundarstufe II

Die Umsetzung der Richtlinien im
Kanton Zürich

Grundlagen

„Von Nachteilsausgleich im Rahmen der Promotionsverordnung wird immer dann gesprochen, wenn das Kind / der Jugendliche die Lernziele des Lehrplans erreichen kann. Entspricht das Lern- und Leistungsvermögen in einem oder mehreren Fächern nicht den Anforderungen des Lehrplans müssen die Ziele individuell angepasst werden.“ (Schwere, 2010, S. 22)

Unterscheidung

- Ziele individuell
- Ziele Lehrplan > Nachteilsausgleich

Bildungsziele werden in qualitativer Hinsicht beibehalten. Individuell müssen formale Anpassungen für partielle, umschriebene Einschränkung der Leistungsfähigkeit

Abgrenzung

Zuweilen liest man „Prüfungserleichterung“. Es ist aber eigentlich die Gewährung von Nachteilsausgleich gemeint.

„Prüfungserleichterung“ suggeriert eine qualitative Vereinfachung, genau das will man mit dem Nachteilsausgleich nicht erzielen.

Somit ist der Terminus „Nachteilsausgleich“ der fachlich besser zutreffende Ausdruck, er impliziert den Kompensationsgedanken.

Schnittstellen

Dispens

Durch einen Dispens (Abwesenheit vom Unterricht, z. B. Sportunterricht) können die offiziellen Lernziele per se nicht erreicht werden.

Barrierefreiheit

Räumliche Zugänglichkeit, Anpassungen, spezifische Hilfsmittel auf der Strukturebene als Voraussetzung für Lernen in der Integration.

Integrative Didaktik

Formen der Individualisierung und Differenzierung, der spezifischen Materialaufbereitung (z. B. Vergrößerung oder Einscannen Arbeitsblätter usw.).

Allgemeines zur Erarbeitung eines NA

- **Fairness:** Der NA gibt dem Schüler, der Schülerin die Chance, die allgemeinen Leistungsziele mittels Kompensationsmassnahmen erreichen zu können.
- **Angemessenheit:** So wenig wie möglich, so viel als notwendig (nicht Benachteiligung, nicht Bevorzugung).
- **Vertretbarkeit:** Der NA wird unter Einbezug der betreffenden Lernenden und der Bildungsverantwortlichen situativ und personenspezifisch erarbeitet und kann gegenüber allen Beteiligten begründet werden.
- **Kommunizierbarkeit:** Die formulierten Massnahmen sind für Ausserstehende verständlich und präzise. Der NA kann „guten Gewissens“ gegenüber Mitslernenden und Lehrpersonen und vertreten werden.

Einsatzbereiche

- **Aufgaben/Hausaufgaben**
- **Leistungstests**
- **Prüfungen**
- **Aufnahmeprüfungen**
- **Abschlussprüfungen (Matura, Diplom)**

Je promotionswirksamer die Leistungserfassungen, desto bedeutsamer der formal absolut korrekte Nachteilsausgleich.

Für:

- **Legasthenie**
- **Dyskalkulie**
- **Körperbehinderungen**
- **Seh- oder Hörbehinderungen**
- **Aufmerksamkeits-Hyperaktivitätsstörungen**
- **Autismus-Spektrum-Störungen**
- **Chronische Krankheiten**

Formen des Nachteilsausgleichs

- **Zeitzuschläge**
- **Mündliche anstelle von schriftlichen Prüfungen (und umgekehrt)**
- **Prüfungsdurchführung in separatem Zimmer**
- **Begleitung durch Assistenzpersonen**
- **Individuell gestaltete Pausenregelungen**
- **Einsatz von behinderungsspezifischen Hilfs- und Arbeitsmitteln**
- **Nicht-Berechnen klar eingegrenzter behinderungsspezifischer Fehler**
- **Schriftgrösse auf Prüfungsblättern anpassen**
- **[Reduzierte Menge der Prüfungsaufgaben]**

Vorgehen

- Information in den schulischen Unterlagen (Homepage, u.a.)
- Information der Eltern über die Vorgehensweise vor den Aufnahmeprüfungen resp. vor dem Übertritt in die Mittelschule
- Information darüber, dass bei Einreichung des Gesuchs um Nachteilsausgleich eine angemessene Berücksichtigung im Rahmen der Promotionsentscheide erfolgt, auch wenn das Gutachten und die darauf basierende Empfehlung noch nicht vorliegen und somit noch keine darauf abgestützten Nachteilsausgleichsmassnahmen gewährt werden.

Vorgehen

- Die Eltern stellen ein Gesuch um Nachteilsausgleich aufgrund eines bereits früher erstellten Gutachtens resp. therapeutischer Behandlung > Kontakt mit Eltern zwecks Besprechung und allfälliger Anmeldung durch Eltern zur aktuellen Abklärung im Kispzi ZH / Winterthur [K]
- Eine Lehrperson stellt z.B. Anzeichen einer legasthenen Behinderung fest > Kontakt mit den Eltern zwecks Abklärung (Kispzi ZH / Winterthur) [K]
- Es liegt ein medizinisches und/oder schulppsychologisches Gutachten vor, inklusive Empfehlungen für Nachteilsausgleichsmassnahmen.
- Das Gutachten geht an die Schule und an das AJB. Diese Stelle bestätigt die befristete Kostenübernahme der Therapie durch den Kanton. Therapiestellen gemäss Liste mit ausgewiesenen Fachpersonen.
- Das kantonale Richtlinienpapier dient als Wegleitung für die individuelle Ausarbeitung der einzelnen Massnahmen zum Nachteilsausgleich.

Vorgehen

- Der Nachteilsausgleich (einzelne Massnahmen) wird in Absprache mit dem Schüler/der Schülerin, mit der Lehrperson, der Therapieperson und dem zuständigen Jahrgangsschulleiter erarbeitet. [K]
- Das Produkt eines ausgearbeiteten Nachteilsausgleichs (Massnahmen) ist eine schriftliche Vereinbarung. [K]
- Alle Beteiligten unterschreiben den ausgearbeiteten Nachteilsausgleich. Verteiler: Eltern, Lehrpersonen, Therapiestelle, Sekretariat
- Bericht der Therapiestelle rechtzeitig vor den Notenkonventen an den zuständigen Schulleiter zur Thematisierung / Rückmeldungen
- Der Nachteilsausgleich wird laufend (in der Regel Standortbestimmung, halbjährlich) überprüft und gegebenenfalls angepasst (jeder erarbeitete Nachteilsausgleich gilt für die derzeitige Situation).

Die Vereinbarung

- Lese-Rechtschreibstörung (Dyslexie) bei [], Klasse [], Nachteilsausgleichsmassnahmen im HS 2014/15
- Mit Bericht vom 8. Juli 2014 liegt das Attest des Kinderspitals Zürich zur Abklärung der Lese - Rechtschreibschwäche von [] vor.
- Der Bericht attestiert ein stark heterogenes Leistungsprofil mit guten bis überdurchschnittlichen Leistungen im Bereich des Wortschatzes, des Lesens, der orthografischen und morphematischen Schreibstrategie, der verbalen und figuralen Ideenproduktion sowie in der auditiven Erfassungsspanne und der visuellen sequentiellen Erfassungsspanne, Unterdurchschnittliche Leistungen zeigen sich im schnellen Erlesen von zusammengesetzten Wörtern, beim Schreiben, in der visuellen Verarbeitung, in der auditiven Erfassungsspanne für sinnfreies Material sowie im Arbeitstempo und der Konzentrationfähigkeit.
- [] besucht eine spezifische Therapie bei Frau [], Logopädin.

Die Vereinbarung

Aufgrund der vorliegenden Abklärungsberichte und abgestützt auf die Richtlinien über die Gewährung von Nachteilsausgleichsmassnahmen an kantonalen Mittelschulen vom 30. Januar 2014 bitte ich die Lehrpersonen insbesondere in den Sprachfächern und in Mathematik und gestützt auf die Empfehlungen der Abklärungsstelle, folgende Massnahmen umzusetzen:

1. Zeitzuschlag bei schriftlichen Prüfungen in Sprachfächern, wenn für die Bearbeitung der Prüfungsfragen viel geschrieben, resp. genau gelesen werden muss sowie bei Mathematikprüfungen (akzeptieren, dass alle Zwischenschritte notiert werden)
2. Bei Prüfungen mit Bewertung der Rechtschreibung soll zwischen Inhalt und Rechtschreibung eine getrennte Bewertung erfolgen. Die Rechtschreibung soll geringer gewichtet werden
3. Dispens von Diktaten, allenfalls alternative Leistungsüberprüfung
4. Es kann eine mündliche an Stelle einer schriftlichen Prüfung durchgeführt werden, sofern eine der schriftlichen Prüfung gleichwertige Prüfungsanlage möglich ist

Die Vereinbarung

2. Die Massnahmen sollen je nach Fortschritten in Absprache mit der therapieführenden Logopädiestelle angepasst werden.
3. Für Prüfungen von 45 Minuten Dauer sollen maximal 10 Minuten Zeitzuschlag, für Prüfungen von 90 Minuten sollen maximal 15 Minuten Zeitzuschlag gewährt werden. [] ist verpflichtet, die Lehrpersonen der Fächer, die nach einer Prüfung mit Zeitzuschlag Unterricht haben, jeweils über das verspätete Erscheinen im Unterricht zu informieren.
4. Es ist nicht Aufgabe von [], um Zeitzuschlag nachzufragen. Lehrpersonen von Sprachfächern oder von Fächern mit längeren Textaufgaben machen Murielle auf den gewährten Zeitzuschlag aufmerksam.
5. [] muss eine Therapiestelle besuchen für ein kontinuierliches Rechtschreibtraining oder sie verwendet in Absprache mit der Therapiestelle ein Rechtschreibprogramm. Die therapieführende Stelle erstellt rechtzeitig vor Ende des Herbstsemesters 2014/15 einen Zwischenbericht zuhanden der Schulleitung und des Notenkonventes. Der verantwortliche Schulleiter stellt Rückmeldungen zur schulischen Leistung und den Rückmeldungen aus dem Lehrerkonvent zusammen, damit ein Austausch mit den Eltern und der Therapiestelle erfolgen kann.

Die Vereinbarung

6. Die Eltern weisen gegenüber der Schule die Therapiemassnahmen aus. Sie sind für die Gewährung des Nachteilsausgleichs verpflichtend.
7. Die Massnahmen gelten grundsätzlich bis zum Ende der Mittelschulzeit. Allfällige Anpassungen in einer weiteren Vereinbarung bleiben vorbehalten.
8. Die Leistungen von [] müssen in der Zwischentaxation der Schule erfasst werden.
9. Der zuständige Schulleiter ist in Zusammenarbeit mit dem Delegierten der Schulleitung Kontaktstelle zwischen [], der Klassenlehrperson, den Eltern und der Therapiestelle. Das vorliegende Schreiben soll der Therapiestelle zur Verfügung gestellt werden. Für die Therapiestelle sollen schriftliche Prüfungen zur Verfügung stehen.

Ich bitte die Lehrpersonen um die Umsetzung der erwähnten Massnahmen. Bitte melden Sie Auffälligkeiten / Fortschritte im Zusammenhang mit der legasthenen Behinderung dem Klassenlehrer und /oder den Eltern. Der Abklärungsbericht ist bei [] einsehbar.

Die Vereinbarung

Weiterführung der Nachteilsausgleichsmassnahmen nach Abschluss der Therapie:

Aufgrund des Abklärungsberichts und abgestützt auf die kantonalen Richtlinien vom 30.1.2014 zum Umgang mit Lese-/ Rechtschreibstörungen bitte ich die Lehrpersonen in den Sprachfächern bei schriftlichen Prüfungen weiterhin, die Rechtschreibleistung sehr zurückhaltend oder allenfalls gar nicht zu beurteilen.

Ich bitte Sie um die Umsetzung der erwähnten Massnahmen. Die Massnahmen gelten grundsätzlich bis zum Ende der Mittelschulzeit.

Anlässlich des Notenkonvents am Ende des Frühlingsssemesters 2014 wird eine Rückmeldung der Lehrpersonen über den Stand der Lese-/ Rechtschreibstörung von [] erfasst. Gemäss den kantonalen Richtlinien ist [] verpflichtet, die seinerzeit erlernten Übungsmöglichkeiten als Ersatz für eine externe Therapie weiterhin anzuwenden.

Die Vereinbarung: Merkpunkte

- Gegenstandsbereich des Nachteilsausgleichs:
- Informationen zum Schüler, zur Schülerin: Name, Klasse, Lehrperson(en)
- Diagnose:
- Auswirkungen der Funktionseinschränkungen im Schulalltag, Begründung der besonderen Massnahmen:
- Konkrete Massnahmen, Formen der spezifischen Lern- und Prüfungssituationen bei gleichbleibenden Lernzielen (Nachteilsausgleich):
- Zeitpunkt der Überprüfung:
- Unterschrift der Beteiligten mit Datum:

Die Vereinbarung: weiterer Verlauf

- Eltern auf die Fortsetzung der Kostengutsprache aufmerksam machen (AJB); allenfalls wird nochmals zur Abklärung aufgefordert [K]
- Ablauf bei Stufenübertritt intern festlegen (Informationsabläufe, von [K] gewährleistet)
- Ablauf bei Rückkehr aus dem Austauschjahr intern festlegen (Info Lehrpersonen usw., von [K] gewährleistet)
- Vorgehen bei Austritt aus der Schule / Übertritt in anderen Ausbildungsgang intern festlegen (Info andere Schule, [K])

Schulische Massnahmen

- Information der Lehrpersonen über alle Abläufe, Abklärungen, Massnahmen, Änderungen, Leistungsstände
- Informationsaustausch, Weiterbildungen durch Fachpersonen (Therapiestellen, Schulpsychologen, ...)
- Informationsaustausch mit Eltern / SchülerInnen / Schulleitung [K]

Fazit

- Förderliche Behandlung (Rekurse!)
- Informationsfluss
- Gespräche
- Vertrauen schaffen und aufrecht erhalten
- Transparenz (in Absprache mit Betroffenen, gegenüber Klasse, Verhaltensweisen z.B. bei Asperger erklären)
- Schulische Chancen ins Zentrum stellen, nicht die zu erwartenden Schwierigkeiten (Bsp. Schüler mit amputierten Armen und Beinen)

Plenum

- Fragen
- Erfahrungen
- Diskussion
- Anregungen

Dokumentation

- SZH: Umfassende Dokumentation zu NA: www.szh.ch
- Verband Dyslexie Schweiz: u.a. NA in den Kantonen:
www.verband-dyslexie.ch
- Quellenangabe zu den vorliegenden Folien: workshop
Nachteilsausgleich Fachhochschule Nordwestschweiz,
3. November 2012; Elisabeth Scheuner und Susanne
Scriber

http://www.schul-in.ch/myUpload/Data/intranet_redaktion/Tagung-Heterogenitaet_2012/Unterlagen/8_Presentation_Elisabeth_Scheuner_und_Prof_Dr_Susanne_Scriber.pdf

Expériences avec la compensation des désavantages (CDD) dans le secondaire II. Canton de Zurich

**La mise en œuvre des directives
cantonales zurichoises**

Fondements

„Dans le cadre du règlement de promotion, on parle de compensation des désavantages lorsque l'enfant /l'adolescent peut atteindre les buts prévus par le plan d'étude. Lorsque les capacités de performances et d'apprentissage ne permettent pas de remplir les exigences prévues par le plan d'études pour une ou plusieurs branches, il s'agit d'adapter individuellement les buts d'apprentissage.“ (Schwere, 2010, S. 22)

Distinction

- Les buts individuels
- Les buts du plan d'études > Compensation des désavantages

Les buts de formation sont maintenus dans leurs aspects qualitatifs. Seules des adaptations individuelles et formelles peuvent se faire lorsque les performances sont réduites partiellement et dans des limites définies et décrites.

Délimitations

Dans certains textes apparaissent les termes d'« allègement de l'examen ». En réalité, il s'agit toutefois de l'octroi de mesures de compensation des désavantages.

« Allègement de l'examen » suggère une simplification du contenu de l'examen mais c'est exactement ce que les mesures de compensation des désavantages ne font pas.

L'utilisation des termes « compensation des désavantages » est donc plus adéquat puisque ils impliquent la notion de remise à égalité des personnes qui vivent avec un désavantage induit par un handicap.

Interfaces

Dispense

Une dispense (absence du cours, par exemple en gymnastique) les objectifs d'apprentissage officiels ne peuvent en soi pas être atteints.

Accessibilité sans barrières

Accessibilité généralisée, adaptations, moyens auxiliaires intégrés au niveau structurel en tant que condition permettant un apprentissage dans l'intégration.

Didactique intégrative

Formes d'individualisation et de différenciation du matériel didactique (par ex: agrandissement ou scan des document de travail etc.)

Généralités concernant la mise en place d'une CDD

- **Equité:** La CDD permet à l'élève d'atteindre les objectifs de performance.
- **Proportionnalité:** Aussi peu que possible mais autant que nécessaire (pas de discrimination ni de privilège).
- **L'acceptabilité:** La mesure de CDD est élaborée en incluant l'apprenant et le responsable de la formation. Elle tient compte de la situation spécifique et des acteurs. La mesure peut être justifiée par rapport aux tiers.
- **Communicabilité:** La formulation des mesures est claire et précise. Elles sont facilement compréhensibles par des tiers. La mesure de compensation des désavantage peut aisément être défendue devant les autres élèves et les enseignants/es.

Domaines d'application

- **Tâches/devoirs**
- **Tests**
- **Examens**
- **Examens d'admission**
- **Examens finaux (maturité, diplôme)**

Plus l'examen de connaissances est important pour la promotion, plus la mesure de CDD doit être formellement absolument correcte.

Pour:

- **Dyslexie**
- **Dyscalculie**
- **Handicaps physiques**
- **Handicaps visuels ou auditifs**
- **Troubles de déficit de l'attention - troubles hyperactifs**
- **Troubles du spectre autistique**
- **Maladies chroniques**

Formes de compensation des désavantages

- **Suppléments de temps**
- **Examen oral en lieu et place d'un examen écrit (ou l'inverse)**
- **Déroulement de l'examen dans une pièce déparée**
- **Accompagnement par une personne assistante**
- **Règlement de pauses individualisé**
- **Utilisation de moyens auxiliaires et de travail adaptés au besoins découlant du handicap**
- **Non prise en compte de fautes à mettre clairement en lien avec le handicap spécifique**
- **Adapter la taille de l'écriture sur les pages de données de l'examen**
- **[Réduction de nombre des questions d'examen]**

Procédure

- Informations dans la documentation de l'école (page internet et autres).
- Informations aux parents quant à la procédure avant l'examen d'admission, respectivement avant le passage dans le secondaire II.
- Informations concernant le fait que lorsque une demande de Cdd est faite, elle sera prise en considération de manière adaptée lors de la décision de promotion même si le rapport médical et les recommandations qui en découlent n'ont pas encore conduit à des mesures de compensation des désavantages.

Procédure

- Die Eltern stellen ein Gesuch um Nachteilsausgleich aufgrund eines bereits früher erstellten Gutachtens resp. therapeutischer Behandlung > Kontakt mit Eltern zwecks Besprechung und allfälliger Anmeldung durch Eltern zur aktuellen Abklärung im Kispzi ZH / Winterthur [K]
- Eine Lehrperson stellt z.B. Anzeichen einer legasthenen Behinderung fest > Kontakt mit den Eltern zwecks Abklärung (Kispzi ZH / Winterthur) [K]
- Es liegt ein medizinisches und/oder schulpyschologisches Gutachten vor, inklusive Empfehlungen für Nachteilsausgleichsmassnahmen.
- Das Gutachten geht an die Schule und an das AJB. Diese Stelle bestätigt die befristete Kostenübernahme der Therapie durch den Kanton. Therapiestellen gemäss Liste mit ausgewiesenen Fachpersonen.
- Das kantonale Richtlinienpapier dient als Wegleitung für die individuelle Ausarbeitung der einzelnen Massnahmen zum Nachteilsausgleich.

Procédure

- Der Nachteilsausgleich (einzelne Massnahmen) wird in Absprache mit dem Schüler/der Schülerin, mit der Lehrperson, der Therapieperson und dem zuständigen Jahrgangsschulleiter erarbeitet. [K]
- Das Produkt eines ausgearbeiteten Nachteilsausgleichs (Massnahmen) ist eine schriftliche Vereinbarung. [K]
- Alle Beteiligten unterschreiben den ausgearbeiteten Nachteilsausgleich. Verteiler: Eltern, Lehrpersonen, Therapiestelle, Sekretariat
- Bericht der Therapiestelle rechtzeitig vor den Notenkonventen an den zuständigen Schulleiter zur Thematisierung / Rückmeldungen
- Der Nachteilsausgleich wird laufend (in der Regel Standortbestimmung, halbjährlich) überprüft und gegebenenfalls angepasst (jeder erarbeitete Nachteilsausgleich gilt für die derzeitige Situation).

La convention

- Lese-Rechtschreibstörung (Dyslexie) bei [], Klasse [], Nachteilsausgleichsmassnahmen im HS 2014/15
- Mit Bericht vom 8. Juli 2014 liegt das Attest des Kinderspitals Zürich zur Abklärung der Lese - Rechtschreibschwäche von [] vor.
- Der Bericht attestiert ein stark heterogenes Leistungsprofil mit guten bis überdurchschnittlichen Leistungen im Bereich des Wortschatzes, des Lesens, der orthografischen und morphematischen Schreibstrategie, der verbalen und figuralen Ideenproduktion sowie in der auditiven Erfassungsspanne und der visuellen sequentiellen Erfassungsspanne, Unterdurchschnittliche Leistungen zeigen sich im schnellen Erlesen von zusammengesetzten Wörtern, beim Schreiben, in der visuellen Verarbeitung, in der auditiven Erfassungsspanne für sinnfreies Material sowie im Arbeitstempo und der Konzentrationfähigkeit.
- [] besucht eine spezifische Therapie bei Frau [], Logopädin.

La convention

Aufgrund der vorliegenden Abklärungsberichte und abgestützt auf die Richtlinien über die Gewährung von Nachteilsausgleichsmassnahmen an kantonalen Mittelschulen vom 30. Januar 2014 bitte ich die Lehrpersonen insbesondere in den Sprachfächern und in Mathematik und gestützt auf die Empfehlungen der Abklärungsstelle, folgende Massnahmen umzusetzen:

1. Zeitzuschlag bei schriftlichen Prüfungen in Sprachfächern, wenn für die Bearbeitung der Prüfungsfragen viel geschrieben, resp. genau gelesen werden muss sowie bei Mathematikprüfungen (akzeptieren, dass alle Zwischenschritte notiert werden)
2. Bei Prüfungen mit Bewertung der Rechtschreibung soll zwischen Inhalt und Rechtschreibung eine getrennte Bewertung erfolgen. Die Rechtschreibung soll geringer gewichtet werden
3. Dispens von Diktaten, allenfalls alternative Leistungsüberprüfung
4. Es kann eine mündliche an Stelle einer schriftlichen Prüfung durchgeführt werden, sofern eine der schriftlichen Prüfung gleichwertige Prüfungsanlage möglich ist

La convention

2. Die Massnahmen sollen je nach Fortschritten in Absprache mit der therapieführenden Logopädiestelle angepasst werden.
3. Für Prüfungen von 45 Minuten Dauer sollen maximal 10 Minuten Zeitzuschlag, für Prüfungen von 90 Minuten sollen maximal 15 Minuten Zeitzuschlag gewährt werden. [] ist verpflichtet, die Lehrpersonen der Fächer, die nach einer Prüfung mit Zeitzuschlag Unterricht haben, jeweils über das verspätete Erscheinen im Unterricht zu informieren.
4. Es ist nicht Aufgabe von [], um Zeitzuschlag nachzufragen. Lehrpersonen von Sprachfächern oder von Fächern mit längeren Textaufgaben machen Murielle auf den gewährten Zeitzuschlag aufmerksam.
5. [] muss eine Therapiestelle besuchen für ein kontinuierliches Rechtschreibtraining oder sie verwendet in Absprache mit der Therapiestelle ein Rechtschreibprogramm. Die therapieführende Stelle erstellt rechtzeitig vor Ende des Herbstsemesters 2014/15 einen Zwischenbericht zuhanden der Schulleitung und des Notenkonventes. Der verantwortliche Schulleiter stellt Rückmeldungen zur schulischen Leistung und den Rückmeldungen aus dem Lehrerkonvent zusammen, damit ein Austausch mit den Eltern und der Therapiestelle erfolgen kann.

La convention

6. Die Eltern weisen gegenüber der Schule die Therapiemassnahmen aus. Sie sind für die Gewährung des Nachteilsausgleichs verpflichtend.
7. Die Massnahmen gelten grundsätzlich bis zum Ende der Mittelschulzeit. Allfällige Anpassungen in einer weiteren Vereinbarung bleiben vorbehalten.
8. Die Leistungen von [] müssen in der Zwischentaxation der Schule erfasst werden.
9. Der zuständige Schulleiter ist in Zusammenarbeit mit dem Delegierten der Schulleitung Kontaktstelle zwischen [], der Klassenlehrperson, den Eltern und der Therapiestelle. Das vorliegende Schreiben soll der Therapiestelle zur Verfügung gestellt werden. Für die Therapiestelle sollen schriftliche Prüfungen zur Verfügung stehen.

Ich bitte die Lehrpersonen um die Umsetzung der erwähnten Massnahmen. Bitte melden Sie Auffälligkeiten / Fortschritte im Zusammenhang mit der legasthenen Behinderung dem Klassenlehrer und /oder den Eltern. Der Abklärungsbericht ist bei [] einsehbar.

La convention

Weiterführung der Nachteilsausgleichsmassnahmen nach Abschluss der Therapie:

Aufgrund des Abklärungsberichts und abgestützt auf die kantonalen Richtlinien vom 30.1.2014 zum Umgang mit Lese-/ Rechtschreibstörungen bitte ich die Lehrpersonen in den Sprachfächern bei schriftlichen Prüfungen weiterhin, die Rechtschreibleistung sehr zurückhaltend oder allenfalls gar nicht zu beurteilen.

Ich bitte Sie um die Umsetzung der erwähnten Massnahmen. Die Massnahmen gelten grundsätzlich bis zum Ende der Mittelschulzeit.

Anlässlich des Notenkonvents am Ende des Frühlingsssemesters 2014 wird eine Rückmeldung der Lehrpersonen über den Stand der Lese-/ Rechtschreibstörung von [] erfasst. Gemäss den kantonalen Richtlinien ist [] verpflichtet, die seinerzeit erlernten Übungsmöglichkeiten als Ersatz für eine externe Therapie weiterhin anzuwenden.

La convention : points essentiels

- Gegenstandsbereich des Nachteilsausgleichs:
- Informationen zum Schüler, zur Schülerin: Name, Klasse, Lehrperson(en)
- Diagnose:
- Auswirkungen der Funktionseinschränkungen im Schulalltag, Begründung der besonderen Massnahmen:
- Konkrete Massnahmen, Formen der spezifischen Lern- und Prüfungssituationen bei gleichbleibenden Lernzielen (Nachteilsausgleich):
- Zeitpunkt der Überprüfung:
- Unterschrift der Beteiligten mit Datum:

La convention : suite

- Eltern auf die Fortsetzung der Kostengutsprache aufmerksam machen (AJB); allenfalls wird nochmals zur Abklärung aufgefordert [K]
- Ablauf bei Stufenübertritt intern festlegen (Informationsabläufe, von [K] gewährleistet)
- Ablauf bei Rückkehr aus dem Austauschjahr intern festlegen (Info Lehrpersonen usw., von [K] gewährleistet)
- Vorgehen bei Austritt aus der Schule / Übertritt in anderen Ausbildungsgang intern festlegen (Info andere Schule, [K])

Mesures scolaires

- Information der Lehrpersonen über alle Abläufe, Abklärungen, Massnahmen, Änderungen, Leistungsstände
- Informationsaustausch, Weiterbildungen durch Fachpersonen (Therapiestellen, Schulpsychologen, ...)
- Informationsaustausch mit Eltern / SchülerInnen / Schulleitung [K]

Conclusions

- Förderliche Behandlung (Rekurse!)
- Informationsfluss
- Gespräche
- Vertrauen schaffen und aufrecht erhalten
- Transparenz (in Absprache mit Betroffenen, gegenüber Klasse, Verhaltensweisen z.B. bei Asperger erklären)
- Schulische Chancen ins Zentrum stellen, nicht die zu erwartenden Schwierigkeiten (Bsp. Schüler mit amputierten Armen und Beinen)

Plenum

- Question
- Expériences
- Discussion
- Suggestion

Documentation

- CSDS: documentation étendue sur le sujet de la CDD: www.szh.ch
- Association dyslexie suisse romande: <http://www.adsr.ch>
- Source de la présentation power point: workshop
Nachteilsausgleich Fachhochschule Nordwestschweiz,
3. November 2012; Elisabeth Scheuner und Susanne
Schröber
http://www.schul-in.ch/myUploadData/intranet_redaktion/Tagung-Heterogenitaet_2012/Unterlagen/8_Praesentation_Elisabeth_Scheuner_und_Prof_Dr_Susanne_Schrober.pdf

Richtlinien über die Gewährung von Nachteilsausgleichsmassnahmen an kantonalen Mittelschulen

(vom 1. Juli 2011, Fassung vom 30. Januar 2014)

Die Schulleiterkonferenz Mittelschulen hat am 26. Januar 2011 ein Eckwertpapier über die Gewährung von Nachteilsausgleichsmassnahmen an kantonalen Mittelschulen und am 19. März 2014 dessen Abänderung beschlossen. Die vorliegenden Richtlinien in der Fassung vom 30. Januar 2014 umfassen die von der Schulleiterkonferenz Mittelschulen im Einvernehmen mit dem Mittelschul- und Berufsbildungsamt erarbeiteten Grundsätze.

Zweck und Geltungsbe-
reich

Ziff. 1 ¹ Diese Richtlinien bezwecken eine einheitliche Umsetzung der von der Schulleiterkonferenz Mittelschulen erarbeiteten Grundsätze über die Gewährung von Nachteilsausgleichsmassnahmen bei Vorliegen einer Behinderung bzw. einer Teilleistungsstörung.

² Sie gelten für Schülerinnen und Schüler der kantonalen Mittelschulen bis und mit den Maturitätsprüfungen.

Nachteilsaus-
gleichsmass-
nahmen

Ziff. 2 Als Nachteilsausgleichsmassnahmen gelten Massnahmen, die dem Ausgleich behinderungsbedingter Erschwernisse dienen. Es werden besondere Hilfsmittel oder Methoden zur Verfügung gestellt, so dass die für die Erlangung der Maturitätsreife erforderlichen Lernziele erreicht und die erbrachten Leistungen angemessen beurteilt werden können.

Gesuche

Ziff. 3 ¹ Gesuche um Gewährung eines Nachteilsausgleichs können von Schülerinnen oder Schülern oder deren gesetzlicher Vertretung bei der Schulleitung eingereicht werden.²

² Dem Gesuch sind folgende Unterlagen beizulegen:

- a. ein Gutachten einer anerkannten Fachstelle gemäss Ziff. 4, mit welchem die Teilleistungsstörung bestätigt wird,
- b. eine sich auf dieses Gutachten abstützendes Empfehlung einer anerkannten Fachperson über unterstützende Massnahmen.

⁴ Die Informationen über die Gewährung von Nachteilsausgleichsmassnahmen werden durch die Schule in öffentlich zugänglicher Form zur Verfügung gestellt.

Abklärungsstellen

Ziff. 4² Als Abklärungsstellen werden anerkannt:

- a. Der für die Wohnortsgemeinde zuständige Schulpsychologische Dienst (SPD),
- b. der Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienst des Kantons Zürich (KJPD),
- c. das Kinderspital Zürich,
- d. weitere vergleichbare Fachstellen nach Absprache mit dem Mittelschul- und Berufsbildungsamt.

Verfahren

Ziff. 5 ¹ Die Schulleitung klärt nach Einreichung der vollständigen Gesuchsunterlagen unter Beizug einer heilpädagogischen Fachperson ab, in welchem Bereich sich die Lernleistungsstörung auf die Leistungen der Schülerin bzw. des Schülers auswirkt und mit welchen Massnahmen dieser Nachteil ausgeglichen werden kann.

² Sie entscheidet, welche Nachteilsausgleichsmassnahmen zweckmässig und mit dem Regelunterricht vereinbar sind. Sie werden gewährt, wenn dadurch der Regelunterricht nicht gestört oder übermässig beeinträchtigt wird und sie mit verhältnismässigen Mitteln umgesetzt werden können.

³ Unterstützt die Schulleitung Massnahmen gemäss Abs. 2, schliessen die Schulleitung, die Schülerin bzw. der Schüler sowie ihre gesetzliche Vertretung unter Beizug der beteiligten heilpädagogischen Fachperson eine befristete Vereinbarung gemäss Ziff. 6 ab.

⁴ Kommt eine solche Vereinbarung nicht zustande, kann die Schulleitung von Amtes wegen, allenfalls unter Auflagen und Bedingungen, Massnahmen anordnen¹.

⁵ Können auf Grund der Unvereinbarkeit mit dem Regelbetrieb oder fehlender Mitwirkung der Beteiligten oder aus anderen Gründen keine zweckmässigen Massnahmen ergriffen werden, erlässt die Schulleitung einen entsprechend begründeten negativen Entscheid¹.

Vereinbarung

Ziff. 6 Die Vereinbarung über die Gewährung von Nachteilsausgleichsmassnahmen bezeichnet

- a. den Zeitraum, in dem Massnahmen gewährt werden,
- b. die Fächer, in welchen Massnahmen getroffen werden,
- c. die Massnahmen im Einzelnen,
- d. die erforderliche begleitende Therapie,
- e. allfällige Zwischenziele und Rahmenbedingungen, welche für die Beteiligten verbindlich sind,

- f. die Art und Weise der Überprüfung der Massnahmen,
- g. die Voraussetzungen für eine Weiterführung der Massnahmen.

Überprüfung
und Weiterfüh-
rung von
Massnahmen

Ziff. 7 ¹ Vor Ablauf von vereinbarten Zwischenzielen wird durch die Schulleitung und eine von ihr beauftragten Fachperson die aktuelle Situation der Schülerin bzw. des Schülers überprüft. Es wird abgeklärt, ob und wie die Massnahmen weitergeführt werden sollen.

² Der Entscheid der Schulleitung wird mit den Beteiligten besprochen. Die Schulleitung erlässt einen begründeten Entscheid¹, sofern keine Einigkeit vorliegt.

Verfahren bei
fehlenden Ge-
suchsunterla-
gen

Ziff. 8 Liegen bei Einreichung des Gesuchs das Gutachten und die darauf basierende Empfehlung gemäss Ziff. 3 Abs. 3 noch nicht vor und können noch keine Nachteilsausgleichsmassnahmen gewährt werden, ist dies im Rahmen der Promotionsentscheide gemäss Promotionsreglement für die Gymnasien des Kantons Zürich³ gestützt auf dessen § 13 angemessen zu berücksichtigen.

¹ Entscheide der Schulleitung gemäss Ziff. 5 und Ziff. 7 werden in Form einer Verfügung erlassen, die dem Rekurs an die Bildungsdirektion unterliegen (§ 39 Abs. 1 des Mittelschulgesetzes vom 13. Juni 1999).

² Fassung gemäss Entscheid der Schulleiterkonferenz Mittelschulen vom 25. Januar 2012.

³ LS 413.251.1

Teilleistungsstörungen: Merkblatt für Lehrpersonen und Eltern

Ausgangslage

Als Basis gelten die Richtlinien des MBA vom 30. Januar 2014 sowie ein Beschluss des Regierungsrates vom 8. Juni 2010. Demzufolge muss Schülerinnen und Schülern mit einer Teilleistungsstörung ein Nachteilsausgleich gewährt werden. Die KZN setzt die Richtlinien wie folgt um:

Ablauf

Info-Abend für zukünftige Schülerinnen und Schüler

Informationsabend für zukünftige Schülerinnen und Schüler: Die Schulleitung weist auf die entsprechende Stelle im Online-Formular für die Aufnahmeprüfung hin.

Anmeldung zur Aufnahmeprüfung

Bei der elektronischen Anmeldung muss die entsprechende Rubrik von den Eltern ausgewählt werden. Die Eltern senden der Schule eine schriftliche Erklärung zur vorliegenden Teilleistungsstörung. Während der Aufnahmeprüfung kann noch kein Nachteilsausgleich gewährt werden. Im Falle eines ungenügenden Prüfungsergebnisses wird aufgrund der vorher eingereichten Meldung durch die Eltern die Prüfung bezüglich der Teilleistungsstörung nochmals beurteilt.

Schulanfang

Die Eltern erhalten mit den Unterlagen zum Schulanfang das vorliegende Merkblatt über Teilleistungsstörungen. Sollte in der Zwischenzeit ein neues Attest erstellt worden sein, lassen die Eltern dieses der Schule zukommen.

Schulzeit

Liegt ein gültiges Attest vor und läuft eine entsprechende Therapie, wird individuell entschieden, welche Massnahmen getroffen werden. Den Inhalt der Vereinbarung betreffen folgende Punkte:

- a. den Zeitraum, in dem Massnahmen gewährt werden,
- b. die Fächer, in welchen Massnahmen getroffen werden,
- c. die Massnahmen im Einzelnen,

- d. die erforderliche begleitende Therapie,
- e. allfällige Zwischenziele und Rahmenbedingungen, welche für die Beteiligten verbindlich sind,
- f. die Art und Weise der Überprüfung der Massnahmen,
- g. die Voraussetzungen für eine Weiterführung der Massnahmen.

Die Vereinbarung kommt in Zusammenarbeit zwischen der Schulleitung, der Koordinationsstelle an der Schule, den Eltern der betroffenen Schülerin/des betroffenen Schülers und der spezialisierten Abklärungsstelle zustande. Die davon betroffenen Lehrpersonen werden darüber von der Schulleitung in Kenntnis gesetzt und angewiesen, nach den getroffenen Massnahmen vorzugehen. Wird die Vereinbarung / Therapie von Seiten der Schülerin/des Schülers nicht wie festgelegt befolgt, so werden die Nachteilsausgleichsmassnahmen eingestellt.

Zürich, ...

Daniel Kunz, Delegierter der Schulleitung

Beispiel einer Vereinbarung zum Nachteilsausgleich

Gegenstand	Vereinbarung zum Nachteilsausgleich
Informationen zum Schüler zur Schülerin¹	KESSLER Marco geb. 14.3.1999
Diagnose	Legasthenie (Gutachten SPD vom 12. November 2011)
Auswirkungen auf den Schulalltag	Einschränkung bezüglich Arbeitstempo (Schreiben) und Rechtschreibung (Buchstabenverwechslungen; falsche Setzung von Dehnungen und Schärfungen) Mündliche und schriftliche Leistungen stark divergierend (starke mündliche, schwache schriftliche Leistungen)
Anpassung bei gleichbleibenden Lernzielen (Nachteilsausgleich)	Im Fach Deutsch: Fokussierung auf definierte Punkte bei der Rechtschreibung bei ansonsten regulärer Bewertung. In der Rechtschreibung wird z.B. nur Grossschreibung und Interpunktion geachtet. Die Anforderungen in Rechtschreibung werden im Hinblick auf das Erreichen der Jahreslernziele von Mal zu Mal gesteigert. Im Fach Französisch anfänglich Reduktion der Anzahl der zu lernenden Wörter in Absprache mit Schüler. Dann allmähliche Steigerung der Wortmenge. Nach 4 Monaten gleiche Wortmenge wie alle Schülerinnen und Schüler mit Zeitzuschlag.
Prozedere	Unterstützung durch Herrn Brunner (Lehrperson) und dessen methodische Anpassung des Stoffs. Team ist informiert und auch andere Fachlehrpersonen halten sich an die getroffenen Abmachungen. Bei Aufsätzen darf der Laptop als Hilfsmittel verwendet werden. Der schulische Heilpädagoge unterstützt Marco zusätzlich in Bezug auf Arbeitstechniken und Hilfsmittel.
Unterschrift aller Beteiligten	Schüler: Lehrperson: Eltern: Schulischer Heilpädagoge: Musterstadt, 8. Januar 2012
Ort und Datum	

¹ Die Namen aller Betroffenen wurden anonymisiert

Bemerkungen zur Umsetzung des Nachteilsausgleichs

(Quellen: Monika Lichtsteiner Müller, Dyslexie, Diskalkulie. hep Verlag, Bern 2011. Eigene Erfahrungen)

1. Allgemeines

- Nach der Vollendung der obligatorischen Schulzeit bestehen in den Kantonen unterschiedliche Rechtsansprüche auf staatliche Beiträge für Stütz- und Fördermassnahmen. Im Kanton Zürich werden seit einigen Jahren die Kosten der Therapiemassnahmen vom Kanton übernommen, sofern die Abklärungen in der pädo-audiologischen Abteilung des Kinderspitals vorgenommen werden und anschliessend durch das AJB die Therapie resp. die Kostenübernahme bewilligt wird (Liste mit anerkannten Therapiestellen muss berücksichtigt werden).
- Schülerinnen und Schüler, die nach der Sekundarstufe I in die Mittelschule übertreten, haben oft bereits längere Therapien hinter sich. Hier gilt es nach Absprache mit Kind / Eltern / Therapiestelle zu entscheiden, ob
 - eine neuerliche Abklärung
 - eine Weiterführung der Therapie bei einer anerkannten Fachstelle
 - Nachteilsausgleiche aufgrund bestehender Empfehlungen (bisherige Fachstelle) ohne weiterführende Therapievorgenommen werden soll.
- Insbesondere bei Kindern mit einer Autismus-Spektrum-Störung (ASS) spielt die Invalidenversicherung eine wichtige Rolle bei der Bereitstellung von Unterstützungsangeboten und Hilfsmitteln. Im Unterschied zu Dyslexie-Therapien ist hier das Coaching durch eine ausgewiesene Fachperson in Zusammenarbeit mit der Familie des Kindes von grosser Bedeutung. Das Einholen der Unterstützungsleistung der IV ist oft mit grösserem Aufwand durch die Eltern verbunden. Eine Diagnose wird oft erst im Schulalter erstellt, für eine IV-Anerkennung müssen aber Auffälligkeiten vor dem 5. Geburtstag nachgewiesen sein. Besondere Nachteilsausgleichsmassnahmen sind bei ASS oft nicht notwendig.
- Da den Mittelschulen in der Regel keine sonderpädagogischen Fachstellen zugewiesen sind, ist eine Koordinationsstelle / Koordinationsperson an der Schule von grossem Vorteil. Sie garantiert die gleichartige Bearbeitung von Gesuchen, führt Vorgespräche und ist für Verschriftlichungen zwischen Kind – Eltern – Schulleitung bis zum Ende der Mittelschulzeit zuständig. Das reguläre Bildungssystem ist ungeübt im Umgang mit Behinderungen. Gerade deshalb ist die gute Koordination verschiedener Dienstleistungen – auch im Übergang von und zu weiterführenden Schulen – von grösster Bedeutung, damit es nicht zu Überforderungssituationen kommt (fehlende rechtliche Absicherungen, Abhängigkeit vom Wohlwollen der Entscheidungsträger).
- „Professionell durchgeführte Bedarfsabklärungen und „Massnahmen am Individuum“ genügen hier nicht, um diskriminierende Bildungsentscheide zu vermeiden. Die Anforderungen, welche Ausbildungsgänge der Sekundarstufe I und der Tertiärstufe an Jugendliche und junge Erwachsene stellen, müssen

systematisch mit ihren behinderungsbedingten Lernvoraussetzungen verglichen werden können. Erst auf dieser Grundlage kann abgeschätzt werden, wo Unterstützung des Betroffenen und wo Adaptionen bei den Vorgaben oder Angeboten des Ausbildungsganges angesagt sind.“ (Lichtsteiner Müller, S. 23)

- „Gemäss Sonderpädagogik-Konkordat, das am 1.1.2011 in Kraft getreten ist, sind die Kantone für die Umsetzung von angemessenen sonderpädagogischen Massnahmen für alle Kinder und Jugendliche mit besonderem Bildungsbedarf bis zum vollendeten 20. Altersjahr zuständig (EDK). Sie sind verpflichtet, eigene Sonderpädagogik-Konzepte in Kraft zu setzen. Dies führt zu unterschiedlichen Angeboten in den Kantonen.“ (Lichtsteiner Müller, S. 60)
- Nachteilsausgleichsmassnahmen und Privilegierung sind zu trennen. Privilegierungen gehen über die Beseitigung von indirekter Diskriminierung (Nachteilsausgleichsmassnahmen) hinaus. Sie sind nach herrschender Meinung in der Schweiz von der Verfassung her nicht geboten. (vgl. dazu: Lichtsteiner Müller, S. 77 ff)
- Im Rahmen der Anpassung der Bildungsumwelt auf die Lernenden sind die folgenden Merkmale einer integrativen Bildungsinstitution von besonderer Bedeutung (vgl. dazu: Lichtsteiner Müller, S. 112):
 - Information und Beratung. Z.B. Homepage, Kontaktadressen, Kontaktpersonen
 - Unterricht. Gestaltung des Unterrichts mit allfälligen geringen Anpassungen
 - Prüfungen. Geeignete Rahmenbedingungen gemäss interner Richtlinien
 - Richtlinien erstellen. Gesetzliche Grundlagen konkretisiert, Abläufe definiert
 - Weiterentwicklung der Institution. Erfahrungen der Betroffenen einbeziehen
 - Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen. Unterstützung der Lehrpersonen

2. Umsetzung der Nachteilsausgleichsmassnahmen

- Der **Notenschutz** kann zu einer deutlichen psychischen Entlastung der Betroffenen führen, er ist bei Vorliegen einer Teilleistungsstörung unbedingt und bis zum Ende der Mittelschulzeit zu gewähren. Teilweise oder gänzliche Nichtberücksichtigung der **Rechtschreibfehler**.
- Der **Einsatz von Computern mit Fehlerkorrekturprogramm**
- **Benutzung des Taschenrechners**
- Die **individuelle Bemessung der Zeitangaben** (Zeitzuschlag) bei der Leistungsüberprüfung in den Sprachfächern, in Fächern mit längeren Aufgabentexten und längeren Lösungstexten, in Mathematik
- Stärkere Gewichtung der **mündlichen Leistungen**
- Durchführung von **mündlichen Prüfungen anstelle von schriftlichen Prüfungen**
- Klarere **Prüfungsgliederung**
- Einsatz einer **Assistenzperson**. Vorlesen von Prüfungsfragen
- Einsatz von geeigneter **Software** begleitend zur – oder im Anschluss an eine Therapie

- Mögliche Anpassungen und Nachteilsausgleiche; Hilfsmittel: Vgl. Lichtsteiner Müller, S. 114 ff)
- Aufgezählte Erleichterungen sollen nicht abschliessend sein. In jedem Einzelfall gilt es abzuklären, was sinnvoll und angemessen ist, entsprechend dem Grad der Beeinträchtigung.
- Regelmässige Überprüfung und allfällige Anpassung der verschriftlichten Nachteilsausgleichsmassnahmen sind unbedingt notwendig. Zur Beachtung: Hinweis auf Gewährung der Massnahmen inklusive Matur- /Diplomprüfungen.
- Eine regelmässige Einforderung des Therapiestandes von der Fachstelle ist sicherzustellen, resp. die Beendigung der Therapie bestätigen lassen und das selbstverantwortliche Weiterführen / Anwenden von Lernstrategien durch den Jugendlichen bestätigen lassen.

3. Abklärung, Beratung, Förderung

Vgl. Lichtsteiner Müller, S. 122 ff

4. Förder- und Stützmassnahmen

„In der Praxis ist zu beobachten, dass das Gewähren von Prüfungserleichterungen in Form von Nachteilsausgleichen und Notenschutz in der beruflichen Grundbildung an die Pflicht gekoppelt wird, einen (...) Stütz- oder Förderkurs zu besuchen. Aus therapeutischer Sicht ist dieses Vorgehen aus unterschiedlichen Gründen zu hinterfragen.

Bei einer Dyslexie oder Dyskalkulie handelt es sich jeweils um eine anhaltende Störung. Die Ausprägung und der Verlauf können zwar individuell beeinflusst werden, die Störung an und für sich bleibt jedoch bestehen. So können z.B. Handlungs- und Lernstrategien Betroffene befähigen, Leistungseinschränkungen zu kompensieren, bzw. zu überwinden. Ob sich eine Strategie für den Einzelnen als hilfreich erweist, ist jedoch vom individuellen Störungsbild abhängig. Aus Sicht der Betroffenen machen Förder- oder Stützkurse nur Sinn, wenn sie in einem Rahmen stattfinden, der ihren Bedürfnissen entgegenkommt, und wenn sie zu einem erkennbaren Zuwachs an Lernerfolg führen.

Das bedeutet: Individuelle Defizite müssen abgeklärt werden, und in der Folge muss auch die Möglichkeit bestehen, darauf einzugehen und individuelle Lösungsstrategien zu erarbeiten. Anzuregen ist auch, innerhalb von Förder- und Stützkursen Betroffene vermehrt in die Anwendung von geeigneten technischen Hilfsmitteln einzuführen. Insbesondere Lernende in schulisch anspruchsvollen Ausbildungsgängen kann diese Form von Unterstützung befähigen, ihr Leistungspotenzial besser sichtbar zu machen. **Denkbar ist aber auch, dass im Einzelfall keine Fördermassnahmen mehr nötig sind, da bestimmte Betroffene, z.B. jene, die bereits eine jahrelange Therapielaufbahn hinter sich haben, ihr Strategiepotezial bereits voll ausschöpfen.**

Gefragt sind Strukturen, die grundlegend den Gedanken der Chancengleichheit proaktiv integrieren und damit die Vielfältigkeit von Schülerinnen und Schülern berücksichtigen und anerkennen – Strukturen, welche die Flexibilität aufbringen können, basierend auf den Bedürfnissen Lösungen zu realisieren, so wie das bereits in einzelnen Schulen umgesetzt wird und zur Anwendung kommt.“ (Lichtsteiner Müller, S. 158 ff)

Accompagnement des élèves à besoins spécifiques dans le secondaire II - Genève

Renate von Davier

DGES II

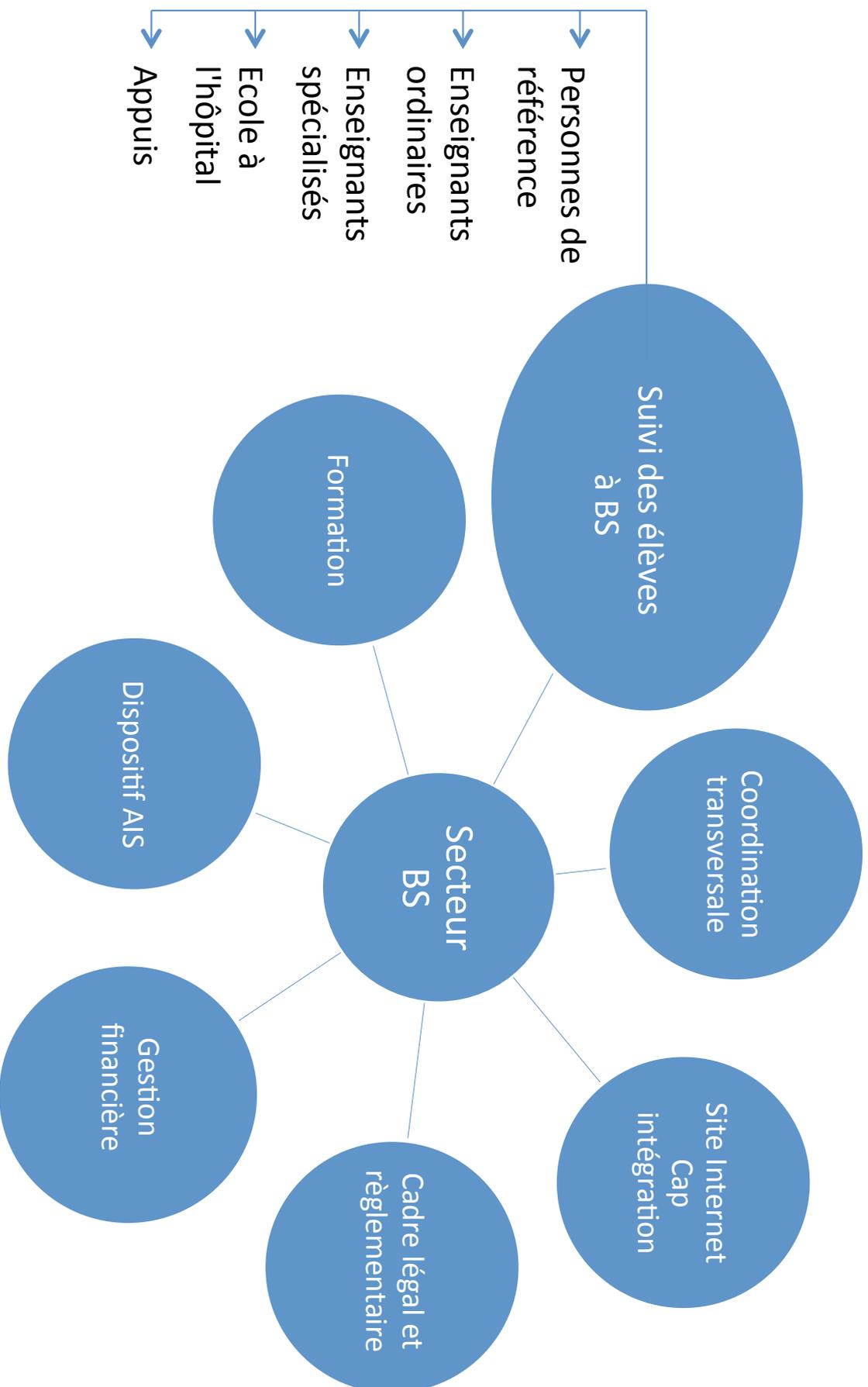
secteur "élèves à besoins spécifiques"

30 octobre 2014

Élèves à besoins spécifiques ?

- Élèves de l'enseignement ordinaire
- Élèves porteurs d'une déficience sensorielle ou motrice, d'un trouble ou d'une maladie invalidante durable (150 élèves) ;
- Élèves porteurs d'un trouble dys- (460 élèves) ;
- Élèves porteurs d'un TSA ;
- Élèves accidentés ou atteints temporairement dans leur santé (École à l'hôpital)
- Élèves HP, etc.

Secteur des élèves à besoins spécifiques



Comment pallier les répercussions d'un trouble sans altérer la valeur de la certification ?

La compensation des désavantages : définition selon le CSPS

- est régie par les bases légales de l'intégration scolaire et de l'égalité des personnes en situation de handicap;
 - constitue un élément important de l'intégration et un pas vers l'école inclusive;
 - consiste en la neutralisation ou la diminution des limitations occasionnées par un handicap ou un trouble;
 - désigne les mesures d'aménagement qui fixent les conditions dans lesquelles se déroulent un apprentissage ou un examen.
- Elle ne consiste pas en une adaptation des objectifs d'apprentissage, de formation ou de certification.

La compensation des désavantages

- Les mesures de Cdd sont attribuées en fonction de besoins spécifiques liés à la personne et en fonction des répercussions pédagogiques de son trouble ou de la déficience.
- Les mesures de compensation des désavantages peuvent consister en :
 - l’attribution de moyens auxiliaires
 - l’adaptation des supports d’apprentissage et d’évaluation
 - l’aménagement temporel
 - l’accompagnement par une tierce personne (par ex. interprète en langue des signes)
 - l’adaptation de l’espace,

Plus concrètement :

Exemple 1 : un élève aveugle à l'ECG en 2^{ème} année.

Aménagements :

- Ligne braille, appuis, enseignante spécialisée, AIS, documents et évaluations sur clé USB, temps supplémentaire.
- Programme adapté ... en fonction de ses possibilités (EPI, pas d'évaluation de dessin) – mais en respectant les objectifs d'apprentissage (ex. informatique).
- Suivi "rapproché" (enseignants ordinaires et spécialisé, personne de référence, enseignante d'appui, DGESII).

Plus concrètement :

Exemple 2 : un élève dyslexique au Collège, 2^{ème}

- Suivi logopédique
- Introduction d'une demande d'aménagements par le thérapeute agréé, signée par les parents et l'élève
- Transmission de la demande à la DGESII par le SPS, après validation de la pertinence des aménagements proposés
- Mise en œuvre des aménagements (compétence des écoles)
- Aménagements :
 - temps supplémentaire
 - guide de relecture personnalisé
 - dictionnaire orthographique
 - vérification de la compréhension des consignes, ...
 - Atelier d'appui

Comment préserver les principes de l'équité et de la proportionnalité ?

- Inscription des aménagements dans un cadre légal et réglementaire (Cdd, plans d'études, ordonnances fédérales, ...)
- Limitation au principe de la compensation des désavantages
- DGESII – rôle de coordinateur et de régulateur
- Collaborations étroites avec l'ensemble des acteurs (référénts, enseignants, SPS, médecins référénts, ... EO)
- Travail en réseau, y compris sur le plan intercantonal
- Mutualisation des aménagements
- Elève = acteur de sa propre formation.

→ création graduelle d'une **culture commune**.

Ressources à mobiliser

- Reconnaissance l'importance de l'enseignement secondaire II : certification finale
- Reconnaissance progressive des besoins de l'enseignement secondaire II, considéré longtemps comme post-obligatoire
- Travail en réseau - collaboration avec d'autres acteurs et services
- Réflexion relative à une pédagogie de la différenciation pédagogique
- Compétences et engagement personnel des enseignants
- Appui et soutien par des enseignants d'appui « spécialisés »
- Importance de la communication

Obstacles et limites

- Surcharge des enseignants
- Degré de sévérité du trouble ou de la déficience et la nature de leurs répercussions dans le cadre de l'école ordinaire
- Manque de ressources spécialisées
- Insuffisance des ressources financières
- Formation et connaissances insuffisantes dans le domaine de l'accompagnement pédagogique des élèves à besoins spécifiques et de la différenciation
- Augmentation potentielle des demandes

Comment prendre en compte les besoins des enseignants, des formateurs et des écoles ?

- Personnes de référence
- Information et formations
- Prise en compte du travail supplémentaire (dégrèvements)
- Posture d'écoute et de soutien
- Confiance en les compétences des personnes
- Travail en réseau
- Cap-Intégration: <http://edu.ge.ch/bepb/>
- Collaboration avec d'autres services internes et externes (AI, Conférence des directeurs, ...)

**Begleitung von Schülerinnen und Schüler
(SUS) mit besonderen Bedürfnissen in der
Sekundarstufe II Kanton Genf**

Renate von Davier

DGES II

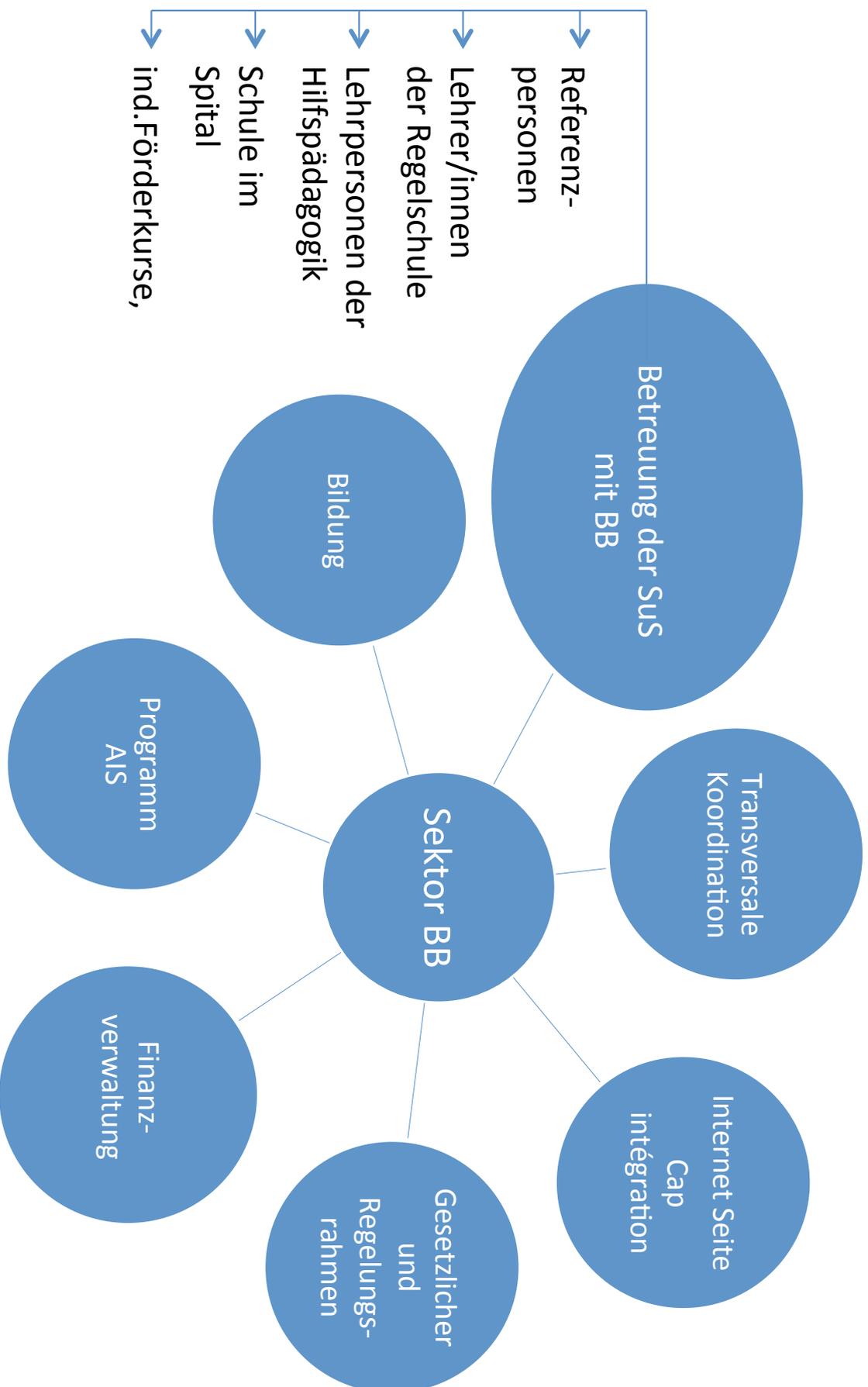
Sektor « SUS mit besonderen Bedürfnissen »

30. Oktober 2014

SUS mit besonderen Bedürfnissen ?

- SUS der Regelschule
- SUS mit einer sensorischen oder motorischen Beeinträchtigung, einer Störung oder einer beeinträchtigenden chronischen Krankheit (150 SUS)
- SUS mit einer Dys-Störung (460 SUS)
- SUS mit einer dem Autismus-Syndrom angehöriger Störung
- SUS die einen Unfall hatten oder deren Gesundheit temporär beeinträchtigt ist (Schule im Spital)
- Hochbegabte SUS, etc.

Sektor « Sus mit besonderen Bedürfnissen (BB) »



Einschränkungen einer Behinderung ausgleichen ohne den Wert der Zertifikation zu beeinträchtigen?

Nachteilsausgleich: nach der Definition des SZHS

- basiert auf den gesetzlichen Grundlagen der Schulintegration und der Gleichstellung von Menschen mit Behinderung.
- bildet ein wichtiges Element der Integration und einen Schritt in Richtung einer inklusiven Schule.
- besteht in der Neutralisierung oder Minderung von behinderungs- oder störungsbedingten Einschränkungen
- bezeichnet die Anpassung der Bedingungen, unter denen Lernen/ Prüfungen stattfinden.

➤ **Besteht nicht in einer Anpassung der Lernziele, der Ausbildung oder der Zertifikation.**

Nachteilsausgleich

- Nachteilsausgleichsmassnahmen werden entsprechend den besonderen Bedürfnissen der Person angeordnet sowie den pädagogischen Auswirkungen ihrer Beeinträchtigung oder Störung.
- Nachteilsausgleichsmassnahmen können sein:
 - Bereitstellung von Hilfsmitteln
 - Anpassung der Lern- und Prüfungsmedien
 - Verlängerung der zugestandenen Zeit
 - Begleitung durch eine Drittperson (zB. Zeichensprachendolmetscher)
- Räumliche Anpassung....

In der Praxis:

Beispiel 1 : ein blinder Schüler in der FMS zweites Jahr

Massnahmen :

- Braille Schrift, Förderunterricht, sonderpädagogische Massnahmen, Begleitung (Programm AIS), Dokumente und Evaluationen auf USB Sticks, zusätzliche Zeit.
- adaptiertes Programm... den Möglichkeiten des Schülers angepasst (angepasster Sport (EPI), nicht Benotung im Fach Zeichnen) – jedoch die Lernziele werden respektiert (zB. Informatik).
- enge Betreuung (Lehrpersonen und Heilpädagogin, Referenzperson, Förderunterricht, DGESII).

In der Praxis:

Beispiel 2 : ein Schüler mit Legasthenie im Gymnasium zweites Jahr

- Logopädische Betreuung
- Einführung eines Antrages auf Massnahmen durch den/die anerkannte-nTherapeut-in. Der Antrag wird von dem Schüler, der Schülerin, und den Eltern unterschrieben
- Übermittlung dieses Antrages vom Sekretariat für Sonderpädagogik (SPS) an die DGEStL, nachdem die Relevanz der beantragten Massnahmen validiert wurde.
- Umsetzung der Massnahmen (in der Kompetenz der Schulen)
- Massnahmen :
 - mehr Zeit
 - personalisiertes Korrekturlesungsdokument
 - orthografisches Lexikon
 - Überprüfung, ob die Anweisungen verstanden wurden....
 - Förderatelier

Die Prinzipien der Verhältnismässigkeit und der Gleichheit erhalten

- Verschriftlichung der Massnahmen im gesetzlichen oder Regelungsrahmen (Studienplan, Bundesverordnungen,...)
- Begrenzung auf das Prinzip des Nachteilsausgleichs
- DGEStII – regulatorische und koordinierende Rolle
- Enge Zusammenarbeit aller Akteure (Referenzpersonen, Lehrpersonen, Sekretariat für Heilpädagogik (SPS), Referenzärzte ...)
- Arbeit im Netzwerk, auch interkantonal
- "Bündelung" der Massnahmen
- SuS = aktiver Protagonist in seiner eigenen Ausbildung

→ Schrittweise Schaffung einer **gemeinsamen Kultur**

Zu mobilisierende Ressourcen

- Anerkennung der Wichtigkeit der Sekundarstufe II: die Zertifikation
- Schrittweise Anerkennung der spezifischen Bedürfnisse der Sekundarstufe II
- Im Netzwerk arbeiten – Zusammenarbeit mit anderen Akteuren und Stellen
- Überlegungen bezüglich einer differenzierten Pädagogik
- Kompetenz und persönliches Engagement der Lehrpersonen
- Unterstützung durch Heilpädagogen
- Wichtigkeit der Kommunikation

Hindernisse und Grenzen

- Überlastung der Lehrpersonen
- Art und Schwere der Störung oder der Behinderung und deren Auswirkungen auf den normalen Schulalltag
- Fehlende Ressourcen der Heilpädagogik
- Fehlende finanzielle Mittel
- Unzureichende Ausbildung oder Kenntnisse zum Thema pädagogischer Unterstützung und Differenzierung von SuS mit besonderen Bedürfnissen
- Möglicher Anstieg der Anfragen

Wie die Bedürfnisse der Lehrpersonen, der AusbildnerInnen und der Schulen erkennen und ernst nehmen ?

- Referenzpersonen
- Informationen und Bildungsangebote
- Berücksichtigung der zusätzlichen Arbeit (Vergütung und Pensumsreduktion)
- Offene und unterstützende Haltung
- Vertrauen in die Fähigkeiten der einzelnen Personen
- Arbeiten im Netzwerk
- Cap-Intégration: <http://edu.ge.ch/bepb/>
- Zusammenarbeit mit anderen internen und externen Stellen (IV, Direktorenkonferenz,)

Nachteilsausgleich und Lernzielanpassung

Tagung Nachteilsausgleich:
«Nachteilsausgleich in der Sek II:
Herausforderungen und Chancen
einer gesetzlichen Auflage»

Magglingen, 30. Oktober 2014

Dr. iur. Iris Glockengiesser, Égalité Handicap



Rechtsgrundlagen im Bildungsbereich

- **Diskriminierungsverbot** in Art. 8 Abs. 2 BV
- **Gesetzgebungsauftrag** in Art. 8 Abs. 4 BV
- **Anspruch auf ausreichenden und unentgeltlichen Grundschulunterricht** in Art. 19 iVm 62 BV
 - **Verbot der Benachteiligung bei der Inanspruchnahme einer Aus- und Weiterbildung** in Art. 2 Abs. 5 BehiG
 - **Verbot der Diskriminierung durch private Bildungsinstitutionen** in Art. 6 BehiG
 - **Kantonale (Schul-)Gesetze** im Einklang mit den bundesrechtlichen Vorgaben
 - **Spezialgesetze** wie für die Berufsbildung (BBG) etc.
 - **Konkordate**, wie das Sonderpädagogikkonkordat
 - **Rechtsprechung**

Wichtigsten Grundsätze

- **Verbot der Diskriminierung** von Menschen mit Behinderung in der Bildung
- **Integration vor Separation**
- **Rechtsanspruch auf Nachteilsausgleich**

***“Everybody is a genius.
But if you judge a fish by its ability to climb a tree,
it will live its whole life believing that it is stupid.”***

Albert Einstein





Art. 2 Abs. 5 BehiG:

«Eine Benachteiligung bei der Inanspruchnahme von Aus- und Weiterbildung liegt insbesondere vor, wenn:

- die Verwendung behindertenspezifischer Hilfsmittel oder der Beizug notwendiger persönlicher Assistenz erschwert werden;
- die Dauer und Ausgestaltung des Bildungsangebots sowie der Prüfungen den spezifischen Bedürfnissen Behinderter nicht angepasst sind.»

Ziel der Anpassungen

- Ziel der Anpassungen in der Prüfungsausgestaltung ist nur der **Ausgleich** der aus der Behinderung resultierenden **Schlechterstellung**, **nicht** aber eine **Besserstellung** gegenüber den übrigen Kandidat/innen.
- Es sind **deshalb keine Anpassungen** zu gewähren **hinsichtlich der zentralen Anforderungen**, die der **Prüfungsstoff** verlangt.

Versuch einer Unterscheidung zwischen Nachteilsausgleich und Lernzielanpassung

- **Nachteilsausgleich** = „**formelle Anpassungen**“ = die zentralen Fähigkeiten/Kenntnisse/Anforderungen werden erfüllt.
- **Lernzielanpassung** = **inhaltliche Anpassung** = die inhaltlichen Anforderungen werden reduziert, wenn die betreffende Person selbst mit Nachteilsausgleich nicht in der Lage ist, die vorgegebenen Minimalziele der Ausbildung/Prüfung zu erreichen.
- **Abgrenzungsprobleme** häufig bei Lernbehinderungen wie Legasthenie oder Dyskalkulie.

Eintrag im Zeugnis?

- Ein **Nachteilsausgleich** darf **nicht im Zeugnis eingetragen** werden.
- Eine **Lernzielanpassung** muss im Zeugnis **eingetragen** werden.

Auswirkungen auf die spätere Bildungs- bzw. Berufslaufbahn berücksichtigen.

Nachteilsausgleich konkret

- Der Umfang der Anpassungen ist auf den **Einzelfall** abzustimmen.
- Ein **individualisiertes Vorgehen** ist erforderlich, weil Art und Grad von Behinderung sehr vielfältig sein können.
- Ein **Vorgespräch** mit dem/r Kandidaten/in trägt zur Herstellung eines **günstigen Prüfungsklimas** bei und sichert eine grössere **Transparenz** über den Prüfungsverlauf.

Nachteilsausgleich konkret

- Es darf der **Nachweis der Behinderung** und ihrer Auswirkung auf die Ausbildung verlangt werden, z.B. Zeugnis einer Ärztin, eines Psychologen oder einer anderen Fachperson.
- Eine **schriftliche Vereinbarung** über den Nachteilsausgleichs wird empfohlen – Datenschutz beachten.
- Ein **Nachteilsausgleich muss rechtzeitig beantragt** werden, d.h. nach einer Prüfung ist es in den meisten Fällen zu spät. Eine Ausnahme besteht, wenn die Behinderung ursächlich für das nicht rechtzeitige Erkennen der Notwendigkeit eines Nachteilsausgleichs war, z.B. Asperger.

Beispiele für Prüfungsanpassungen

- **Prüfungszeitverlängerung**, die effektiv genutzt werden kann
- längere oder zusätzliche **Pausen**
- die Abnahme der Prüfung in **mehreren Etappen** (z.B. Aufteilung auf 2 Tage)
- andere **Prüfungsformen** (schriftlich statt mündlich oder umgekehrt)
- **Arbeitsassistentz**, z.B. Vorleser oder Schreibhilfe/Notetaker
- **Behinderungsgerecht angepasster Arbeitsplatz**
- **Computer** oder – wenn ein PC nicht angemessen bedient werden kann – ein **Diktiergerät**
- etc...

Bei Fragen:

glockengiesser@egalite-handicap.ch

oder

tel: 031 398 50 34

fax: 031 398 50 33

oder

Égalité Handicap

Marktgasse 31

3011 Bern



Compensation des désavantages et adaptation des objectifs d'apprentissage

Journée Compensation des désavantages :
« Compensation des désavantages dans le
secondaire II : les défis et les chances d'une
obligation légale »

Maccolin le 30 octobre 2014

Dr. iur. Iris Glockengiesser, Égalité Handicap



Les bases juridiques dans la formation

- **Interdiction de la discrimination**, art. 8 al. 2 Cst
- **Mandat législatif**, art. 8 al. 4 Cst
- **Droit à un enseignement de base suffisant et gratuit**, art. 19 Cst en relation avec art. 62 Cst
 - **Interdiction de la discrimination lors de formation ou de formation continue**, art. 2 al. 5 LHand
 - **Interdiction de la discrimination par des institutions de formation privées**, art. 6 LHand
 - **Lois (scolaires) cantonales** en adéquation avec les exigences fédérales
 - **Lois spéciales** pour la formation professionnelle par exemple (LFP_r)
 - **Concordats**, comme celui sur la pédagogie spécialisée
 - **Jurisprudence**

Les principes essentiels

- **L'interdiction de la discrimination** des personnes vivant avec un handicap, dans le cadre de la formation
- **L'intégration** passe avant la séparation
- **Le droit à la compensation** des désavantages

***“Everybody is a genius.
But if you judge a fish by its ability to climb a tree,
it will live its whole life believing that it is stupid.”***

Albert Einstein





Art. 2 al.5 LHand:

Il y a inégalité dans l'accès à la formation ou à la formation continue notamment lorsque :

l'utilisation de moyens auxiliaires spécifiques aux personnes handicapées ou une assistance personnelle qui leur est nécessaire ne leur sont pas accordées ;

la durée et l'aménagement des prestations de formation offertes ainsi que les examens exigés ne sont pas adaptés aux besoins spécifiques des personnes handicapées.

But de l'adaptation

- Le but de l'adaptation dans l'organisation d'un examen doit se limiter à la **compensation** des **difficultés provoquées par le handicap** spécifique et **ne pas conduire à un privilège** par rapport aux autres candidats-es.
- Une adaptation concernant les **exigences essentielles de la matière examinée n'est pas admissible.**

Tentative de distinction entre la compensation des désavantages et l'adaptation des objectifs d'apprentissage

- **Compensation des désavantages = „adaptations formelles“** = les exigences quant aux connaissances ou compétences à examiner sont remplies.
- **Adaptation des objectifs d'apprentissage = adaptation dans le contenu** = les exigences quant au contenu de la matière examinée sont réduites lorsque la personne concernée ne peut atteindre les buts minimaux de la formation/de l'examen, malgré les mesures de compensation des désavantages.
- **Les problèmes de délimitation** se posent souvent dans le cadre de troubles de l'apprentissage comme la dyslexie ou la dyscalculie.

Inscription dans le document de certification ?

- **Les mesures de compensation des désavantages ne sont pas mentionnées dans le document de certification.**

- **Une adaptation des objectifs d'apprentissage doit être inscrite dans le document de certification.**

Tenir compte des conséquences sur une future formation ou projet professionnel.

La compensation des désavantages en pratique

- La portée de l'adaptation doit être définie en tenant compte de **chaque cas individuellement**.
- Une **approche individualisée** est nécessaire parce que le type et la gravité du handicap peuvent être très variés.
- Un **entretien préalable** avec le/la candidate contribue à la création d'un **climat d'examen propice** et garantit une meilleure **transparence** quant au déroulement de l'examen.

La compensation des désavantages en pratique

- La **preuve de l'existence d'un handicap** et de ses conséquences pour la formation peut être exigée sous forme notamment d'une attestation d'un/une médecin, psychologue ou un/une autre spécialiste.
- Une **convention écrite** concernant la compensation des désavantages est recommandée. La protection des données doit être respectée.
- Une **mesure de compensation des désavantages doit être demandée à temps**. Après l'examen, il est généralement trop tard. Une exception : lorsque le handicap en lui-même est la cause de la détection tardive du besoin de mesures de compensation (par ex. Asperger).

Exemples de compensation des désavantages lors d'un examen

- **Prolongation du temps d'examen** qui peut être utilisé de manière effective.
- Introduire des **pauses** plus longues ou plus fréquentes.
- Procéder à l'examen en **plusieurs étapes** (par ex. en le répartissant sur deux jours)
- Modification de la **forme de l'examen** (un écrit au lieu d'un oral ou l'inverse)
- **Assistance** par un/une lecteur/trice ou une personne qui écrit pour le/la candidate/Notetaker
- **Mise à disposition d'une place de travail adaptée aux besoins liés au handicap**
- **Utilisation d'un ordinateur** ou, lorsque le PC ne peut pas être utilisé de manière adéquate, d'un dictaphone.
- etc...

Pour les questions :

glockengiesser@egalite-handicap.ch

ou

tél: 031 398 50 34

fax: 031 398 50 33

ou

Égalité Handicap

Marktgasse 31

3011 Bern



Questionnements

Relation avec les élèves

- Comment les enseignants se débrouillent-ils en classe?
- De quoi tenir compte pour les élèves dys?
- Quel rapport avec les élèves?

Relation avec les autres intervenants

- Quel rapport avec les parents?
- Quel rapport avec les logopédistes?
- Quelle coordination entre les enseignants?

Comment impliquer les enseignants dans la démarche?

- Comment accompagner les enseignants dans l'accompagnement des élèves?
- Comment faire passer un message auprès des enseignants?
- Manque d'une boîte à outils pour les enseignants

Nature de la compensation

- Comment compenser certains déficits en maintenant les objectifs de la maturité, notamment pour la maîtrise de la langue?
- Comment donner du temps supplémentaire?
 - Peut-on réduire la longueur de l'épreuve?
- Utilisation des outils informatiques pour les élèves?

Positionnement des directions

- Comment se placer entre les exigences des parents et des enseignants?
- Qu'est-ce que les autorités politiques sont prêtes à mettre concrètement en place?
- Quelle est la réalité dans les autres cantons?
- Quelles sont les retombées collectives de la mise en place de la compensation?

Élaborations

Quel rapport avec les élèves?

- Le travail avec des élèves à besoins particuliers vise certains buts.
 - Prise de conscience par l'élève de sa situation.
 - Autonomisation de l'élève
 - Création d'un espace relationnel qui permette à l'élève d'évoquer problèmes et difficultés.

La relation d'aide

- Il est utile de poser un cadre clair dès le premier entretien.
- On dit explicitement quelle sont ses compétences professionnelles et son champ d'action.
- On offre une aide, on ne peut l'imposer.
- L'élève est libre de choisir de donner ou non des informations.
- On garantit la confidentialité dans les limites légales et réglementaires.

Dans quelle mesure les compétences des élèves sont-elles intégrées?

- Dans le cadre de la relation d'aide, une des premières choses que l'on va faire sera de questionner l'élève sur ses compétences: comment a-t-il fait pour arriver jusque là? Quels sont les forces sur lesquelles il peut compter?

Comment intégrer l'échec possible?

- L'enseignant est responsable de la qualité du dispositif qu'il met à disposition des élèves.
- Il n'est pas responsable directement de la réussite ou de l'échec de l'élève.
- Poser un cadre bienveillant permet d'évoquer avec l'élève l'échec comme une possibilité, voire, dans certains cas, une évènement probable.

Références théoriques

- W. R. Miller et S. Rollnick, L'Entretien motivationnel - Aider la personne à engager le changement, InterEditions

Comment compenser certains déficits en maintenant les objectifs de la maturité, notamment pour la maîtrise de la langue?

- Il est essentiel pour l'intérêt supérieur de l'élève que l'on n'accepte aucune transaction sur les objectifs de la formation.
- Les élèves à besoins particuliers ont le droit, comme tous les autres élèves, à recevoir une formation complète et de qualité.
- Il convient de l'expliquer à l'élève.

Comment impliquer les enseignants dans la démarche?

Comment faire passer un message auprès des enseignants?

- Les cas des enseignants peu convaincus voire très opposés à la mise en place de mesures n'est pas rare.
- Entrer dans une discussion visant à convaincre un enseignant de changer d'avis concernant une situation précise risque de tourner à un débat stérile qui risque encore de renforcer les positions d'oppositions.

Il faut éviter de participer aux résistances.

On peut commencer par ouvrir une discussion. On peut aussi imaginer des groupes de travail. Cette discussion devra être reprise. Il ne s'agit pas d'un simulacre, mais d'une vraie discussion argumentée où les positions des uns et des autres seront acceptées sans jugement de valeur. Cette discussion permettra la transmission d'informations solides et validées.

On peut aussi essayer de comprendre ce qui crispe de tels enseignants. Il s'agit souvent d'un manque de connaissances sur le sujet et d'un manque de savoir-faire spécifique.

Manque d'une boîte à outils pour les enseignants

Il existe des possibilités de formation, notamment donnée dans le canton de Genève.

On peut à profit consulter le site Cap-Intégration.

Références théoriques

W. R. Miller et S. Rollnick, L'Entretien motivationnel - Aider la personne à engager le changement, InterEditions

Prochaska, J.O., & DiClemente, C. C.(2002), Transteoretical Therapy, John Wiley and Sons



Nachteilsausgleich für Menschen mit Behinderungen

wbz cps – Schweizerische Weiterbildungszentrale

Donnerstag, 30. Oktober 2014

Magglingen Biel/Bienne

1 Bericht Nachteilsausgleich

2 Empfehlungen der SBBK

3 www.berufsbildung.ch

Peter Knutti



**Nachteilsausgleich für Menschen
mit Behinderung in der Berufsbildung**

Bericht

**Compensation des désavantages pour personnes
handicapées dans la formation professionnelle**

Rapport

**Compensazione degli svantaggi per persone
con handicap nella formazione professionale**

Rapporto



Nachteilsausgleich für Menschen mit Behinderung

Der Bericht in 3 Sprachen

stellt allen interessierten Kreisen in allen Sprachregionen der Schweiz die grundlegenden Informationen zum Thema Nachteilsausgleich für Behinderte zur Verfügung und weist auf Kompetenzstellen hin.

Das SDDB schliesst mit dieser Publikation eine wichtige Informationslücke und trägt damit bei zu einer Verbesserung der Chancengleichheit für Menschen mit Behinderung in der Berufsbildung.

**Nachteilsausgleich ersetzt den Begriff
Prüfungserleichterung.**



Gleiche Chancen für Menschen mit Behinderung

Interview: Pierre-Yves Puiippe / Panorama 1/2014

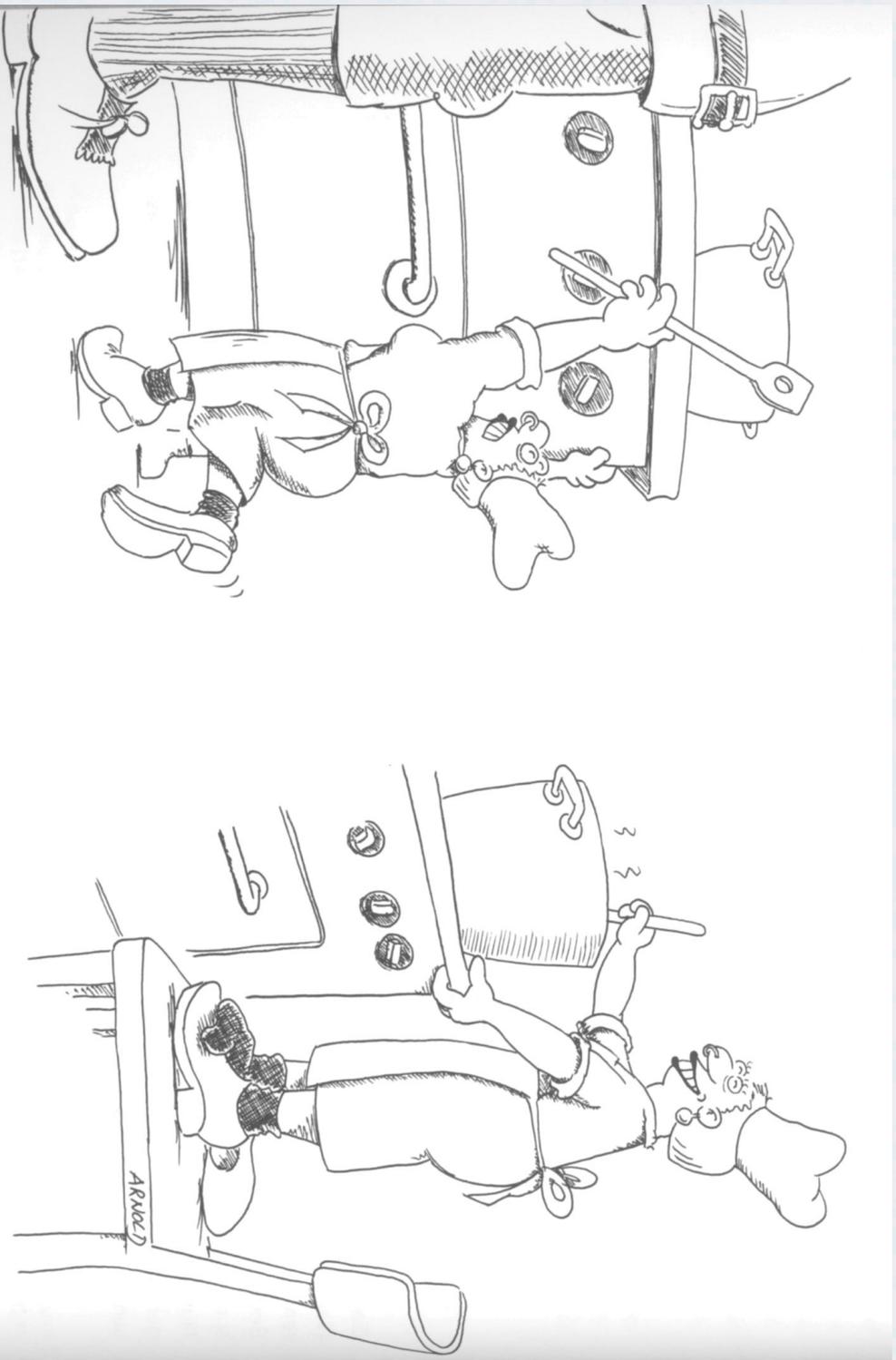
**Projektleiter Fritz Steiner
vom Schweizerischen**

**Zentralverein für das Blinden-
wesen: «Mit diesem Hilfsmittel
hat die Berufsbildung einen
wichtigen Schritt in Richtung
Chancengleichheit getan.»**





Nachteilsausgleich für Menschen mit Behinderung





Berufsbildung im dualen System

Lehrvertrag

Vertragsparteien sind Lernende/r und Lehrbetrieb

Genehmigung durch kantonale Behörde

Berufsfachschule ist nicht Vertragspartei



Berufsbildung im dualen System

Berufswahl - Beruf wählen

Über 200 reglementierte berufliche Grundbildungen

Bildungsverordnung und Bildungsplan

(Verordnungen über die Berufliche Grundbildung)

Verbundpartner

Bund – Kantone – OdA (Organisationen der Arbeitswelt)



EMPFEHLUNG Nr. 7

verabschiedet am **17.09.2014**
von der Plenarsammlung SBBK

SBBK-Kommission
Thema

Kommission Berufliche Grundbildung KBGB
Nachteilsausgleich

1. Ausgangslage

Menschen mit Behinderungen können in der Bildung Benachteiligungen erfahren, wenn ihren besonderen Bedürfnissen nicht Rechnung getragen wird. Es besteht unter anderem auch die Gefahr, dass Behinderte in intellektuell weniger anspruchsvolle Ausbildungen abgedrängt werden und sie ihr Potenzial nicht ausschöpfen können. Bei der Wahl eines Berufes soll darauf geachtet werden, dass die individuellen Stärken eingebracht werden können und sich die Schwächen nicht allzu negativ auswirken. Die Ausgestaltung von Übergängen/Transitionen von einem Bildungsgang zum nächsten kann die Startchancengleichheit von Menschen mit Behinderungen beeinträchtigen. Die vorliegende Empfehlung ist für alle Ausbildungen und Qualifikationsverfahren in der beruflichen Grundbildung (inkl. Berufsmaturität) gleichwertig anwendbar. Bei der Berücksichtigung individueller Bedürfnisse gilt es die Besonderheiten der verschiedenen Lernorte zu beachten. Für Personengruppen mit anderen Qualifikationsverfahren gilt es nach vorliegender Empfehlung adäquate Lösungen zu finden.

2. Gesetzliche Grundlaken

Bundesverfassung Art. 8 Abs. 1

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

Bundesverfassung Art. 8 Abs. 2 und 4:

Niemand darf diskriminiert werden, namentlich nicht wegen der Herkunft, der Rasse, des Geschlechts, des Alters, der Sprache, der sozialen Stellung, der Lebensform, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung oder wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung.
Das Gesetz sieht Massnahmen zur Beseitigung von Benachteiligungen der Behinderten vor.

Behindertengleichstellungsgesetz

Art. 2 Abs. 5:

Eine *Benachteiligung bei der Inanspruchnahme von Aus- und Weiterbildung* liegt insbesondere vor, wenn:

- a. die Verwendung behindertenspezifischer Hilfsmittel oder der Beizug notwendiger persönlicher Assistenz erschwert werden;
- b. die Dauer und Ausgestaltung des Bildungsangebots sowie Prüfungen den spezifischen Bedürfnissen Behinderter nicht angepasst sind.

Art. 5 Abs. 1:

Bund und Kantone ergreifen Massnahmen, um Benachteiligungen zu verhindern, zu verringern oder zu beseitigen; sie tragen dabei den besonderen Bedürfnissen behinderter Frauen Rechnung.



2. SBBK: Empfehlung zum Nachteilsausgleich in der beruflichen Grundbildung

Verabschiedet durch das Plenum am 17.09.2014

(www.sbbk.ch - Empfehlungen und Richtlinien)

1. Ausgangslage

2. Rechtliche Grundlagen



SBBK: Empfehlung zum Nachteilsausgleich in der beruflichen Grundbildung

3. Ablauf und Zuständigkeiten

1 Jugendliche mit Behinderungen in der Berufswahl

Nachweis einer Behinderung –
Standortbestimmung /

Tests und Berufswahl bei Jugendlichen mit Behinderungen

Über die Behinderung informieren/eine Behinderung offenlegen

Vorbereitung auf neue Rahmenbedingungen

Anmeldung bei der IV

Zusammenarbeit / Information



SBBK: Empfehlung zum Nachteilsausgleich in der beruflichen Grundbildung

3. Ablauf und Zuständigkeiten

2 Erfassen und Fördern in der Lehrzeit

3 Verantwortlichkeiten für den Nachteilsausgleich

4 Nachteilsausgleich im Qualifikationsverfahren

5 Vorgehen



2. Empfehlungen der SBBK

4. Unterlagen und Instrumente für die Verfügungsbehörde

5. Anhang

3 Leistungsbeeinträchtigungen

Dyslexie (Legasthenie)

Dyskalkulie

ADS / ADHS

und **Formulare**

Erfassen Lernender

Journal Fördermassnahmen

Gesuch um Nachteilsausgleich



3. Lexikon der Berufsbildung

Das Lexikon der Berufsbildung ist das Referenzwerk für die Terminologie der Berufsbildung – erarbeitet in Zusammenarbeit mit dem SBFI und der SBBK

Online in vier Sprachen (D F I E):

www.lex.berufsbildung.ch

smartphonetauglich





3. Information – Das Portal der Berufsbildung

www.berufsbildung.ch

Das Berufsbildungsportal der Kantone



3. Information - Newsletter

www.panorama.ch

- PANORAMA aktuell: 14-täglich
 - 3 Zielgruppen:
 - Berufsbildung
 - Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung
 - Arbeitsmarkt
- Fachzeitschrift: PANORAMA 6 Ausgaben/Jahr



3. Medienbereich Berufsbildung

Schweizerisches Dienstleistungszentrum Berufsbildung /

Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung

Peter Knutti

Leiter Abteilung Medien Berufsbildung

Haus der Kantone

Speichergasse 6 / Postfach 583 / CH-3000 Bern 7

Telefon +41 (0)31 320 29 00 (direkt: 17)

E-Mail peter.knutti@sdbb.ch

Internet www.sdbb.ch

www.berufsbildung.ch



Compensation des désavantages pour personnes handicapées

wbz cps – Centre suisse de formation continue des professeurs de l'enseignement secondaires

Jeudi, 30 Octobre 2014

Macolin Biel/Bienne

1Rapport Compensation des désavantages

2Recommandations de la CSFP

3www.formationprof.ch

Peter Knutti



**Nachteilsausgleich für Menschen
mit Behinderung in der Berufsbildung**

Bericht

**Compensation des désavantages pour personnes
handicapées dans la formation professionnelle**

Rapport

**Compensazione degli svantaggi per persone
con handicap nella formazione professionale**

Rapporto



Compensation des désavantages pour personnes handicapées

Le rapport en 3 langues

fournit à tous les milieux intéressés de toutes les régions linguistiques de la Suisse, les informations fondamentales au sujet de la compensation des désavantages pour personnes handicapées et indique les lieux de compétences.

Avec cette publication, le CSFO comble une lacune importante et contribue ainsi à une amélioration de l'égalité des chances pour les personnes handicapées dans la formation professionnelle.

La compensation des désavantages remplace la notion d'allègements lors des examens.



Des chances égales pour les personnes handicapées

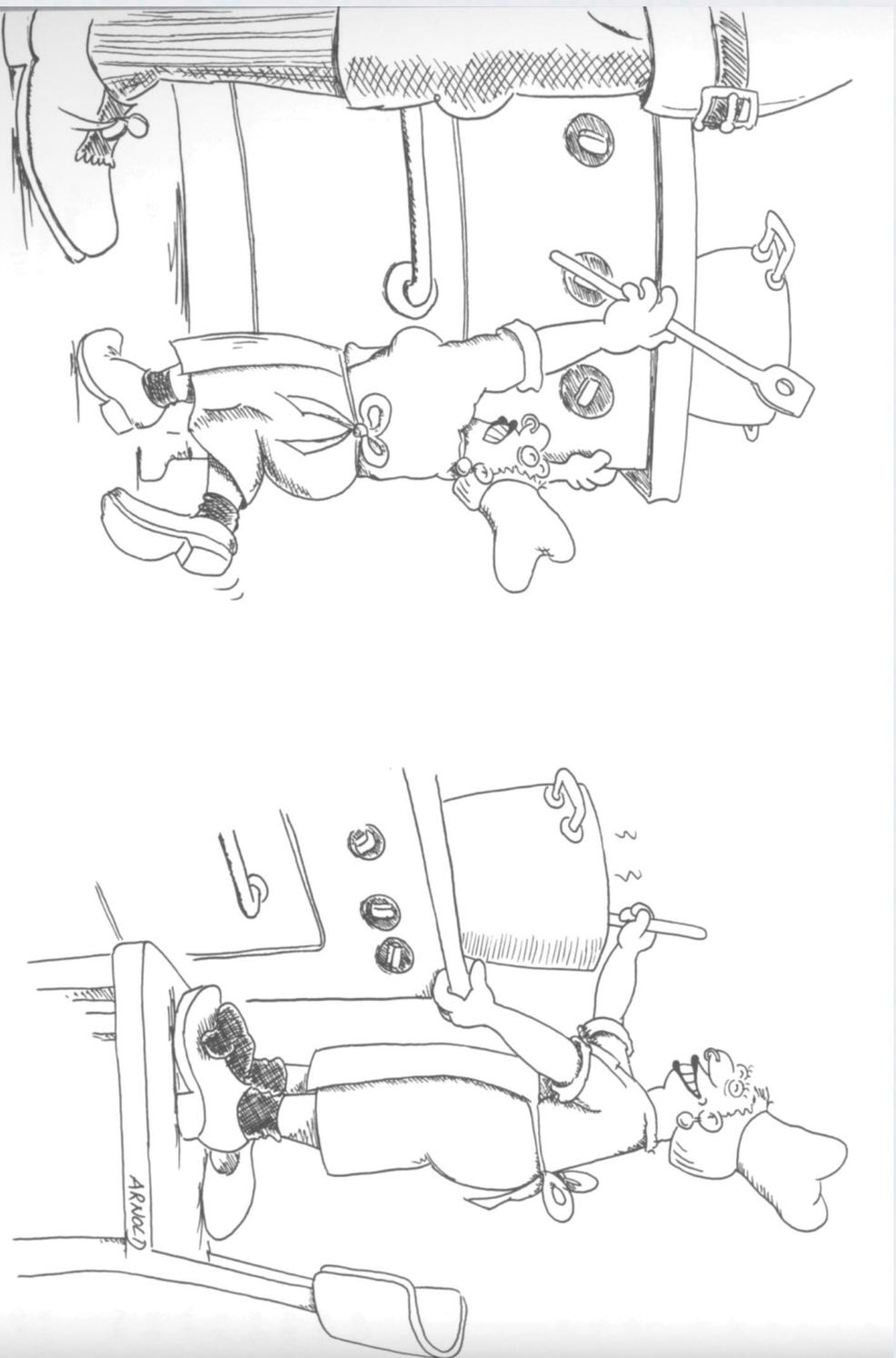
Interview: Pierre-Yves Puiippe / Panorama 1/2014

**Fritz Steiner, chef de projet:
«Grâce aux mesures de
compensation, la formation
professionnelle a fait un pas
important en faveur de l'égalité
des chances pour les
personnes handicapées.»**





Compensation des désavantages pour personnes handicapées





Formation professionnelle dans le système dual

Contrat d'apprentissage

Parties contactantes: apprenti/e et entreprise formatrice

Approuvé par l'autorité cantonale

L'école professionnelle n'est pas partie contractante



Formation professionnelle dans le système dual

Choix de la profession – choisir un métier

Plus de 200 formations professionnelles initiales réglementées

Ordonnance et plan de formation

(Ordonnances sur la formation professionnelle initiale)

Partenaires de la formation professionnelle

Confédération – Cantons – OrTra (Organisations du Monde du travail)



RECOMMANDATION NO 7

adoptée le **17.09.2014**
par l'assemblée plénière CSFP

Commission de la CSFP **Formation professionnelle initiale (CFPI)**
Thème **Compensation des désavantages**

1. Situation initiale

Si l'on ne tient pas compte de leurs besoins particuliers, les personnes handicapées peuvent être victimes d'inégalités durant leur formation. Elles courent en particulier le danger de se voir reléguées dans des formations aux exigences intellectuelles moindres et de ne pouvoir exploiter tout leur potentiel. En choisissant une profession, la personne doit pouvoir faire valoir ses points forts sans être pénalisée outre mesure par ses points faibles. Selon leurs aménagements, les transitions entre filières de formation peuvent avoir un impact négatif sur l'égalité des chances de la personne qui présente un handicap.

La présente recommandation s'applique à toutes les formations et procédures de qualification qui relèvent de la formation professionnelle initiale (maturité professionnelle comprise). En considérant les besoins de chaque personne, il faut aussi tenir compte des particularités des divers lieux de formation. Si les membres d'un groupe sont soumis à d'autres procédures de qualification, il convient de rechercher des solutions adéquates pour eux en fonction de la présente recommandation.

2. Bases légales

Constitution fédérale, art. 8, al. 1

Tous les êtres humains sont égaux devant la loi.

Constitution fédérale, art. 8, al. 2 et 4

Nul ne doit subir de discrimination du fait notamment de son origine, de sa race, de son sexe, de son âge, de sa langue, de sa situation sociale, de son mode de vie, de ses convictions religieuses, philosophiques ou politiques ni du fait d'une déficience corporelle, mentale ou psychique.

La loi prévoit des mesures en vue d'éliminer les inégalités qui frappent les personnes handicapées.

Loi sur l'égalité pour les handicapés

art. 2, al. 5

Il y a *inégalité dans l'accès à la formation ou à la formation continue* notamment lorsque:

- l'utilisation de moyens auxiliaires spécifiques aux personnes handicapées ou une assistance personnelle qui leur est nécessaire ne leur est pas accordée;
- la durée et l'aménagement des prestations de formation offertes ainsi que les examens exigés ne sont pas adaptés aux besoins spécifiques des personnes handicapées.

RECOMMANDATION

Eine Fachkonferenz der EDK – Une conférence spécialisée de la CDP – Una conferenza specializzata della CDPE

SBBK-Sekretariat · Haus der Kantone Sekretariat CSFP · Maison des cantons Segreteria CSFP · Casa dei cantoni
Speicherstrasse 6 · Postfach 660 · 3000 Bern 7 · T: 031 309 51 57 · F: 031 309 51 50 · www.sbbk.ch · sbbk-csfp@edk.ch



2. CSFP: Recommandations sur la compensation des désavantages dans la formation professionnelle initiale

**Adoptée le 17.09.2014 par l'assemblée plénière CSFP
(www.csfp.ch – Recommandations et directives)**

1. Situation initiale

2. Bases légales



CSFP: Recommandations sur la compensation des désavantages dans la formation professionnelle initiale

3. Marche à suivre et compétences

1 Choix d'une profession par les jeunes présentant un handicap

Attestation du degré de handicap –

Test / bilan de compétences et choix d'une profession pour les jeunes
handicapés

Parler ouvertement de son handicap et de ses conséquences

Se préparer au nouveau contexte

Déclaration à l'AI

Collaboration et information



CSFP: Recommandations sur la compensation des désavantages dans la formation professionnelle initiale

3. Marche à suivre et compétences

2 Attestation du handicap et mesures d'appui durant l'apprentissage

3 Responsabilités et compétences en matières de compensation des désavantages

4 Compensation des désavantages lors de la procédure de qualification

5 Marche à suivre



2. Recommandations de la CSFP

4. Documentation et instruments à la disposition de l'autorité compétente

5. Annexe

3 déficiences de la performance

Dyslexie (Légasthénie)

Dyscalculie

TDA/H

et **Formulaires**

Personne en formation avec handicap

Journal des mesures d'appui

Demande de compensation des désavantages



3. Lexique de la formation professionnelle

Le Lexique de la formation professionnelle

Version électronique en 4 langues (D F I E):

www.lex.formationprof.ch

Version pour Smartphone





3. Information –

Le Portail de la formation professionnelle

www.formationprof.ch

Le portail de la formation professionnelle pour les cantons



3. Information - Newsletter

www.panorama.ch

- PANORAMA actualités: paraît tous les 14 jours
3 domaines:
 - Formation professionnelle
 - Orientation professionnelle, universitaire et de carrière
 - Marché du travail
- Revue spécialisée: PANORAMA paraît 6X/an



3. Médias Formation professionnelle

Centre suisse de services Formation professionnelle | orientation professionnelle, universitaire et de carrière

Peter Knutti

Chef de l'unité Médias Formation professionnelle

Maison des cantons

Speichergasse 6 / CP 583 / CH-3000 Bern 7

Telephone +41 (0)31 320 29 00 (ligne direct: 17)

E-Mail peter.knutti@sdbb.ch

Internet www.csfo.ch

www.formationprof.ch

Empfehlung zum Nachteilsausgleich in der beruflichen Grundbildung

1. Ausgangslage

Menschen mit Behinderungen können in der Bildung Benachteiligungen erfahren, wenn ihren besonderen Bedürfnissen nicht Rechnung getragen wird. Es besteht unter anderem auch die Gefahr, dass Behinderte in intellektuell weniger anspruchsvollen Ausbildungen abgedrängt werden und sie ihr Potenzial nicht ausschöpfen können. Bei der Wahl eines Berufes soll darauf geachtet werden, dass die individuellen Stärken eingebracht werden können und sich die Schwächen nicht allzu negativ auswirken. Die Ausgestaltung von Übergängen/Transitionen von einem Bildungsgang zum nächsten kann die Startchancengleichheit von Menschen mit Behinderungen beeinträchtigen.

Die vorliegende Empfehlung ist für alle Ausbildungen und Qualifikationsverfahren in der beruflichen Grundbildung gleichwertig anwendbar. Bei der Berücksichtigung individueller Bedürfnisse gilt es die Besonderheiten der verschiedenen Lernorte zu beachten. Für Personengruppen mit anderen Qualifikationsverfahren gilt es nach vorliegender Empfehlung adäquate Lösungen zu finden.

2. Gesetzliche Grundlagen

Bundesverfassung Art. 8 Abs. 1

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

Bundesverfassung Art. 8 Abs. 2 und 4:

Niemand darf diskriminiert werden, namentlich nicht wegen der Herkunft, der Rasse, des Geschlechts, des Alters, der Sprache, der sozialen Stellung, der Lebensform, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung oder wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung. Das Gesetz sieht Massnahmen zur Beseitigung von Benachteiligungen der Behinderten vor.

Behindertengleichstellungsgesetz

Art. 2 Abs. 5:

Eine *Benachteiligung bei der Inanspruchnahme von Aus- und Weiterbildung* liegt insbesondere vor, wenn:

- a. die Verwendung behindertenspezifischer Hilfsmittel oder der Beizug notwendiger persönlicher Assistenz erschwert werden;
- b. die Dauer und Ausgestaltung des Bildungsangebots sowie Prüfungen den spezifischen Bedürfnissen Behinderter nicht angepasst sind.

Art. 5 Abs. 1:

Bund und Kantone ergreifen Massnahmen, um Benachteiligungen zu verhindern, zu verringern oder zu beseitigen; sie tragen dabei den besonderen Bedürfnissen behinderter Frauen Rechnung.

Art. 5 Abs. 2:

Angemessene Massnahmen zum Ausgleich von Benachteiligungen der Behinderten stellen keine Ungleichbehandlung nach Artikel, 8 Absatz 1 der Bundesverfassung dar.

Berufsbildungsgesetz

Art. 3 Bst. c:

Dieses Gesetz fördert und entwickelt:

- c. den Ausgleich der Bildungschancen in sozialer und regionaler Hinsicht, die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann sowie die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen;

Art. 18 Abs. 1:

Für besonders befähigte oder vorgebildete Personen sowie für Personen mit Lernschwierigkeiten oder Behinderungen kann die Dauer der beruflichen Grundbildung angemessen verlängert oder verkürzt werden.

Art. 21 Abs. 2 Bst. c:

Die Berufsfachschule hat einen eigenständigen Bildungsauftrag; sie
c. fördert die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann sowie die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen durch entsprechende Bildungsangebote und -formen.

Berufsbildungsverordnung Art. 35 Abs. 3:

Benötigt eine Kandidatin oder ein Kandidat aufgrund einer Behinderung besondere Hilfsmittel oder mehr Zeit, so wird dies angemessen gewährt.

Kantonale Gesetzgebung

3. Ablauf und Zuständigkeiten

3.1. Jugendliche mit einer Behinderung in der Berufswahl

3.1.1. Nachweis einer Behinderung

Für die Berufswahl ist es wichtig, dass im ärztlichen Bericht respektive dem Bericht einer anerkannten Fachstelle die medizinische Diagnose, die auf körperlicher, geistiger und/oder psychischer Ebene festgestellten Defizite und Symptome im Zusammenhang mit der Behinderung sowie die funktionelle Umschreibung der individuellen Auswirkungen der Behinderung beschrieben werden.

3.1.2. Standortbestimmung/Tests und Berufswahl bei Jugendlichen mit Behinderungen

Es besteht ein grosses Angebot von Standortbestimmungen und Tests, welche zunehmend online verfügbar sind. Diese berücksichtigen die Auswirkungen der Behinderungen in der Regel nicht, was zu einer Verfälschung der Ergebnisse führt.

Die Auswirkung der Behinderung muss bei der Auswahl der Abklärungsinstrumente und bei der Durchführung der Standortbestimmungen/Tests berücksichtigt werden. Die Ergebnisse sind von einer erfahrenen Fachperson auszuwerten.

3.1.3. Über die Behinderung informieren/eine Behinderung offenlegen

Jugendliche mit einer Behinderung sollten – mit entsprechender Unterstützung durch die gesetzliche Vertretung über die Auswirkungen ihrer Behinderung auf eine der Situation angemessene Art und Weise Auskunft geben: bei der Lehrstellensuche und der Berufsberatung, bei Beginn der beruflichen Grundbildung in der Berufsfachschule.

3.1.4. Vorbereitung auf neue Rahmenbedingungen

Der Wechsel von der Schule in die Berufsbildung bringt für alle Jugendliche eine grosse Veränderung mit sich. Jugendliche mit Behinderung sind deshalb besonders gefordert, sich mit ihren Einschränkungen in einem neuen Umfeld zu orientieren. Sie benötigen frühzeitig eine auf ihre individuelle Situation bezogene Begleitung im Rahmen der Berufswahlvorbereitung, bei der Schnupperlehr- und Lehrstellensuche, vor und während der Ausbildung sowie auf die Vorbereitung des Qualifikationsverfahrens.

3.1.5. Anmeldung bei der IV

Um Leistungen auf berufliche Massnahmen der Invalidenversicherung geltend zu machen, muss beim Übergang in die Berufsbildung eine Invalidität ausgewiesen werden. Nicht alle Jugendlichen mit einer Beeinträchtigung ihrer körperlichen, geistigen oder psychischen Gesundheit sind im Sinne des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (IVG) invalid. Eltern sollen von Lehr- oder Fachpersonen rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht werden, dass sie für die Anmeldung verantwortlich sind, um den Anspruch abzuklären.

3.1.6. Zusammenarbeit / Information

In der Begleitung von Jugendlichen mit Behinderung sind oft verschiedene Personen (gesetzliche Vertretung, Lehrpersonen, Ärzte, Therapeuten, Berufsberatung etc.) involviert. Eine enge Zusammenarbeit und ein regelmässiger Informationsaustausch sind für die Planung und Begleitung des Übergangs von der Schule in die Berufsausbildung anzustreben.

3.2. Erfassen und Fördern in der Lehrzeit

Das erste Lehrjahr soll für die Ausbildungsparteien als Orientierungs- und Entscheidungsjahr betrachtet werden. Neu eintretende Lernende werden von den Berufsfachschulen über die Möglichkeit des Nachteilsausgleichs bei Behinderungen oder Lernstörungen, die Zuständigkeiten und das Vorgehen informiert. Zeichnet sich eine nötige Unterstützung ab, so liegt es in der Verantwortung des Lernenden und der gesetzlichen Vertretung, die notwendigen Schritte gemäss folgenden Kriterien und Beschreibungen in die Wege zu leiten.

- a. Eine förderorientierte Zusammenarbeit aller Beteiligten ist anzustreben (Lernende - Lehrpersonen - Instrukoren der überbetrieblichen Kurse - Berufsbildner - Aufsichtsbehörde).
- b. Die Erfassung von Lernenden mit einer Beeinträchtigung ihrer körperlichen, geistigen oder psychischen Gesundheit erfolgt idealerweise vor Lehrvertragsunterzeichnung.
- c. Ein Nachteilsausgleich wird gewährt, wenn die Art der Behinderung die Ausübung des Berufes nicht verhindert oder massgeblich beeinträchtigt.
- d. Können die Kernkompetenzen des Berufs trotz Nachteilsausgleich nicht erfüllt werden, sollte das Lehrverhältnis aufgelöst werden.
- e. Ziel der Zusammenarbeit ist eine abgestützte Einschätzung, ob und unter welchen fördernden Bedingungen ein erfolgreicher Lehrabschluss im gewählten Beruf möglich ist.
- f. Mit der Erfassung der medizinischen Diagnose und der Einschätzung der Auswirkungen der Beeinträchtigung eines Lernenden werden die vorgesehenen Massnahmen bezeichnet, eingeleitet, den Lernenden und allen involvierten Stellen kommuniziert.
- g. Die ausgeführten Massnahmen (Zusatzkurse, Beizug Fachpersonen, Therapien, Hilfsmittel etc.) werden schriftlich festgehalten und dokumentiert (siehe Journal Fördermassnahmen).

3.3. Verantwortlichkeiten für den Nachteilsausgleich

Die kantonalen Behörden regeln die Verantwortlichkeiten.

Thema	Zuständig	Bedingungen
Berufskunde, Allgemeinbildung, Sport und Berufsmaturität	Schulleitung Berufsfachschule oder Berufsmaturitätsschule und/oder kantonale Behörde	Schriftliches Gesuch, aktuelles Gutachten einer anerkannten Fachperson
Noten überbetriebliche Kurse	Kurskommission oder kantonale Behörde	Schriftliches Gesuch, aktuelles Gutachten einer anerkannten Fachperson, Bestätigung des Lehrbetriebes
Note Lehrbetrieb	Verantwortlicher Berufsbildner oder kantonale Behörde	Gespräch mit der gesetzlichen Vertretung und mit kantonalen Behörde
Teil- und Abschlussprüfung (QV)	Kantonale Behörde	Schriftliches Gesuch mit Antrag auf Massnahmen für die Qualifikationsbereiche, aktuelle Gutachten einer Fachperson,
Abschlussprüfung Berufsmaturität	Schulleitung und / oder kantonale Behörde	Nachweis über die ergriffenen Fördermassnahmen während der beruflichen Grundbildung.

Kopien der Dokumente werden von den in der Tabelle definierten Zuständigen der kantonalen Behörde zugestellt.

3.4. Nachteilsausgleich im Qualifikationsverfahren

- a. Grundsätzlich muss das Qualifikationsverfahren der Lernenden mit Behinderungen den Anforderungen des jeweiligen Berufes entsprechen.
- b. Für Lernende mit einer Behinderung soll die Möglichkeit bestehen, eine der Behinderung angemessene Prüfungsform zu beantragen, wenn der Erfolg von der Form der Prüfung - nicht von ihrem Inhalt - abhängig sein sollte. Dies ist der Fall, wenn z.B. der/die Lernende trotz vorhandener Fachkenntnisse Mühe hat, die Aufgabenstellung aufgrund der Behinderung zu verstehen oder die Aufgabe in der verlangten Form auszuführen.
- c. **Nachteilsausgleiche werden gewährt, wenn das Gesuch um Nachteilsausgleich bei der Prüfungsanmeldung eingereicht wird. Vorausgesetzt wird, dass Fördermassnahmen durchgeführt wurden, die von einer Fachstelle empfohlen und deren Besuch in einer Vereinbarung festgehalten worden sind.**
- d. Es werden nur formale Nachteilsausgleiche wie Zeitzugabe, längere Pausen oder besondere Hilfsmittel oder weitere geeignete Massnahmen (z.B. separater Raum) gewährt (Berufsbildungsverordnung vom 19. November 2003, Art. 35 Abs. 3).
- e. Im eidgenössischen Berufsattest, im eidgenössischen Fähigkeitszeugnis und im eidgenössischen Berufsmaturitätszeugnis wird kein Vermerk zum Nachteilsausgleich gemacht.

3.5. Vorgehen

Die betroffenen Lernenden füllen zusammen mit der zuständigen Person (Berufsfachschule oder überbetriebliche Kurse) das Erfassungsformular bei Lehrbeginn aus. Lernende mit erfassten Behinderungen oder Lern- und Leistungsschwierigkeiten müssen während ihrer Lehrzeit die vorgesehenen Massnahmen in einem entsprechenden Journal Fördermassnahmen festhalten.

Das Gesuch um Nachteilsausgleich für das Qualifikationsverfahren ist spätestens mit der Anmeldung zur Abschlussprüfung der kantonalen Behörde (Verfügungsbehörde) einzureichen.

4. Unterlagen und Instrumente für die Verfügungsbehörde

Unterlagen/Instrument	Verfasser	Bezugsquelle
Bericht Nachteilsausgleich für Menschen mit Behinderung in der Berufsbildung	SDBB, 2013	SDBB Vertrieb Tel. 0848 999 001 / vertrieb@sdbb.ch www.shop.sdbb.ch
Merkblatt: Nachteilsausgleich für Menschen mit Behinderung für berufs- und höhere Fachprüfung	BBT August 2011	SBFI Effingerstrasse 27 3003 Bern www.sbf.admin.ch/berufsbildung/01472/01474/index.html

5. Anhang

Nachteilausgleichsmassnahmen

Jeder Nachteilsausgleich muss individuell geprüft und festgelegt werden. Die aufgeführten Zeitangaben stehen für eine einheitliche Umsetzung von Massnahmen für die Nachteilsausgleiche in den Kantonen. Sie gelten in der Durchführung von Qualifikationsverfahren als anerkannte Richtwerte. Die Aufzählung der Massnahmen ist nicht abschliessend.

In der Regel sollen diese Massnahmen mit den zuständigen Prüfungsorganen abgesprochen werden. Da der Nachteilsausgleich verfügt wird, muss dieser mit einer Rechtsmittelbelehrung versehen sein. Weiterführende behindertenspezifischen Nachteilsausgleichsmassnahmen können auf der Grundlage des SDBB Berichts "Nachteilsausgleich für Menschen mit Behinderung in der Berufsbildung" definiert und geregelt werden.

5.1. Dyslexie (Legasthenie)

Tätigkeit	Zeitgutschrift	Hilfsmittel/Form
Praktische Arbeiten	<ul style="list-style-type: none"> • Genaues Erfassen der Aufgabenstellung: Zeitzuschlag von 15 Minuten • Planung der Tagesarbeit: Zeitzuschlag von 15 Minuten • Abschluss der Arbeiten am Ende der Prüfung: Zeitzuschlag von 30 Minuten 	<ul style="list-style-type: none"> • Recht auf Erklärung des Prüfungsablaufes und -inhaltes
Schriftliche Arbeiten	<ul style="list-style-type: none"> • Pro Prüfungsstunde Zeitzuschlag von 10 bis max. 20 Minuten • Individuelle Pausenregelung von max. 30 Minuten 	<ul style="list-style-type: none"> • Prüfungsunterlagen gut lesbar und verständlich darstellen • Grössere Schrift als üblich verwenden • Einzelnen Fragen auf dem Papier gut sichtbar abgrenzen • Recht auf Verständnis- oder Inhaltserklärung während der Prüfung • Prüfungsstoff in allen Fächern genau erklären • Kandidaten im Vorfeld der Prüfungen mit der Gestaltung der Prüfungsblätter vertraut machen • Prüfungsform ergänzen, z.B. mündlich und/oder schriftlich • Verwendung von elektronischen Hilfsmitteln erlauben • Prüfung in einem separaten Raum durchführen • (elektronisches) Wörterbuch • Einsatz des Rechtschreibprogramms am Computer • Die Beurteilung der Sprachkompetenz umfasst alle Grundfertigkeiten der Kommunikation (sprechen, lesen, hören, schreiben). Schlechte Leistungen im Bereich der formalen Schreibrichtigkeit (also insb. der Rechtschreibung) allein, ergeben nicht zwingend eine negative Leistungsbeurteilung.
Mündliche Prüfung	<ul style="list-style-type: none"> • In der Regel Zeitzuschlag von 10 bis max. 20 Minuten 	Keine

5.2. Dyskalkulie

Tätigkeit	Zeitgutschrift	Hilfsmittel
Praktische Arbeiten	<ul style="list-style-type: none"> Für das genaue Erfassen der Aufgabenstellung: Zeitzuschlag von 15 Minuten und zusätzlich bei mathematischen Aufgaben: Zeitzuschlag von mindestens 10 bis max. 20 Minuten 	<ul style="list-style-type: none"> Evtl. Taschenrechner und Formelta-bellen Recht auf Erklärung des Prüfungsablaufes und -inhaltes
Schriftliche Arbeiten	<ul style="list-style-type: none"> bei mehrheitlich math. Auf-gaben: Pro Prüfungsstunde Zeitzu-schlag von 10 bis max. 20 Minuten 	<ul style="list-style-type: none"> Evtl. Taschenrechner und Formelta-bellen Recht auf Verständnis- oder Inhalts-erklärung während der Prüfung Prüfung in einem separaten Raum durchführen
Mündliche Prüfungen	<ul style="list-style-type: none"> bei mathematischen Aufga-ben: Zeitzuschlag in der Regel von 10 bis max. 20 Minuten 	<ul style="list-style-type: none"> Evtl. Taschenrechner Taschenrechner oder Formtabellen zulassen

5.3. Aufmerksamkeits-Defizit-(Hyperaktivitäts-)Störung AD(H)S

Tätigkeit	Zeitliche Massnahme	Hilfsmittel
Praktische Arbeiten	<ul style="list-style-type: none"> Individuelle Pausenregelung gemäss persönlicher Symp-tomatik (max. 30 Minuten pro Tag). 	<ul style="list-style-type: none"> Evtl. separater Raum mit ruhiger Atmosphäre Persönliche Kontaktperson Übersichtliche Prüfungsunterlagen Recht auf Erklärung des Prüfungsablaufes und -inhaltes
Schriftliche Arbeiten	<ul style="list-style-type: none"> Pro Prüfungsstunde Zeitzu-schlag von 10 bis max. 20 Minuten Individuelle Pausenregelung von max. 30 Minuten 	<ul style="list-style-type: none"> Evtl. separater Raum mit ruhiger Atmosphäre Übersichtliche Prüfungsunterlagen Übersichtliche Darstellung, klare und verständliche Formulierungen der Aufgaben Prüfung mit dem Computer schreiben Prüfungsform anpassen, z.B. mündlich und/oder schriftlich Vorlesen der schriftlichen Aufgaben (elektronisches) Wörterbuch Einsatz des Rechtschreibpro-gramms am Computer Verwendung eines Diktiergerätes
Mündliche Prüfungen	<ul style="list-style-type: none"> Zeitzuschlag in der Regel von 10 bis max. 20 Minuten 	Keine

Gesuch um Nachteilsausgleich

Abschlussjahr des Qualifikationsverfahrens:

- Teilprüfung
 Abschlussprüfung

Das Gesuch ist **spätestens mit der Anmeldung zur Abschlussprüfung** einzureichen.

1. Personalien lernende Person **Lehrvertragsnummer:**.....

Name: Beruf:
Vorname: Fachrichtung:
Strasse: Lehrbetrieb:
Wohnort: Ort:
Tel. Privat: Tel. Geschäft:

2. Leistungsbeeinträchtigung

- Legasthenie Dyskalkulie
 AD(H)S: Andere
Gutachten vom: Fachperson:

3. Antrag der zuständige Person für den Nachteilsausgleich

(gestützt auf das Journal Fördermassnahmen und beigezogene Fachstellen)

Betroffene Qualifikationsbereiche:

.....
.....

Art der Nachteilsausgleiches (Hilfsmittel, Geräte):

.....
.....

Umfang des Nachteilsausgleichs (Verlängerung der Prüfungszeit):

.....
.....

4. Beilagen

- aktuelles Gutachten Andere:
- Journal Fördermassnahmen - Semesternoten - Zeugnisse entsprechender Kurse

Datum: **Unterschrift:**

Lernende/r:

Zuständige Lehrperson:

Verantw. Berufsbildner:

RECOMMANDATION No 7

adoptée le **17.09.2014**
par l'assemblée plénière CSFP

RECOMMANDATION

Commission de la CSFP
Thème

Formation professionnelle initiale (CFPI)
Compensation des désavantages

1. Situation initiale

Si l'on ne tient pas compte de leurs besoins particuliers, les personnes handicapées peuvent être victimes d'inégalités durant leur formation. Elles courent en particulier le danger de se voir reléguées dans des formations aux exigences intellectuelles moindres et de ne pouvoir exploiter tout leur potentiel. En choisissant une profession, la personne doit pouvoir faire valoir ses points forts sans être pénalisée outre mesure par ses points faibles. Selon leurs aménagements, les transitions entre filières de formation peuvent avoir un impact négatif sur l'égalité des chances de la personne qui présente un handicap.

La présente recommandation s'applique à toutes les formations et procédures de qualification qui relèvent de la formation professionnelle initiale (maturité professionnelle comprise). En considérant les besoins de chaque personne, il faut aussi tenir compte des particularités des divers lieux de formation. Si les membres d'un groupe sont soumis à d'autres procédures de qualification, il convient de rechercher des solutions adéquates pour eux en fonction de la présente recommandation.

2. Bases légales

Constitution fédérale, art. 8, al. 1

Tous les êtres humains sont égaux devant la loi.

Constitution fédérale, art. 8, al. 2 et 4

Nul ne doit subir de discrimination du fait notamment de son origine, de sa race, de son sexe, de son âge, de sa langue, de sa situation sociale, de son mode de vie, de ses convictions religieuses, philosophiques ou politiques ni du fait d'une déficience corporelle, mentale ou psychique.

La loi prévoit des mesures en vue d'éliminer les inégalités qui frappent les personnes handicapées.

Loi sur l'égalité pour les handicapés

art. 2, al. 5

Il y a *inégalité dans l'accès à la formation ou à la formation continue* notamment lorsque:

- a. l'utilisation de moyens auxiliaires spécifiques aux personnes handicapées ou une assistance personnelle qui leur est nécessaire ne leur est pas accordée;
- b. la durée et l'aménagement des prestations de formation offertes ainsi que les examens exigés ne sont pas adaptés aux besoins spécifiques des personnes handicapées.

art. 5, al. 1

La Confédération et les cantons prennent les mesures que requièrent la prévention, la réduction ou l'élimination des inégalités; ils tiennent compte des besoins spécifiques des femmes handicapées.

art. 5, al. 2

Ne sont pas contraires à l'art. 8, al 1, Cst. les mesures appropriées visant à compenser les inégalités qui frappent les personnes handicapées.

Loi fédérale sur la formation professionnelle

art. 3, let. c

La présente loi encourage et développe:

[...]

c. l'égalité des chances de formation sur le plan social et à l'échelle régionale, l'égalité effective entre les sexes de même que l'élimination des inégalités qui frappent les personnes handicapées dans la formation professionnelle;

art. 18, al. 1

La durée de la formation professionnelle initiale peut être écourtée de manière appropriée pour les personnes qui ont beaucoup de facilité ou qui ont une formation préalable et prolongée pour les personnes qui ont des difficultés d'apprentissage ou qui présentent un handicap.

art. 21, al. 2, let. c:

L'école professionnelle a un mandat de formation qui lui est propre. Elle

[...]

c. favorise l'égalité effective entre les sexes ainsi que l'élimination des désavantages que subissent les personnes handicapées en leur offrant des types et des programmes de formation adéquats.

Ordonnance sur la formation professionnelle, art. 35, al. 3:

Si, en raison d'un handicap, un candidat a besoin de moyens auxiliaires spécifiques ou de plus de temps, il en sera tenu compte de manière appropriée.

Législation cantonale

3. Marche à suivre et compétences

3.1. Choix d'une profession par les jeunes présentant un handicap

3.1.1 Attestation du degré de handicap

Dans l'optique du choix d'une profession, le rapport établi par le médecin ou un organisme reconnu doit comporter un diagnostic médical décrivant les déficits et les symptômes constatés sur les plans physique, mental et/ou psychique, de même qu'une description fonctionnelle des répercussions dudit handicap sur la personne.

3.1.2. Test / bilan de compétences et choix d'une profession pour les jeunes handicapés

L'offre en tests / bilans de compétences est riche, une part grandissante d'entre eux étant d'ailleurs proposée en ligne. Toutefois, en règle générale, ils négligent l'impact d'un handicap, ce qui débouche sur des résultats biaisés.

Il faut dès lors prendre en compte l'impact du handicap lorsqu'on choisit un instrument d'évaluation, de même qu'en faisant passer le bilan de compétences ou le test. Les résultats doivent ensuite être analysés par un spécialiste confirmé.

3.1.3. Parler ouvertement de son handicap et de ses conséquences

Avec l'appui de leurs représentants légaux, les jeunes devraient parler de leur handicap et de ses conséquences sur un mode approprié, en fonction de leur situation: lorsqu'ils recherchent une place d'apprentissage, consultent l'orientation professionnelle ou commencent leur formation professionnelle initiale à l'école professionnelle.

3.1.4. Se préparer au nouveau contexte

Le passage de l'école à la formation professionnelle se traduit par une période de grands changements pour tous les jeunes et à plus forte raison s'ils sont handicapés, puisqu'ils doivent s'insérer dans un nouveau contexte avec les limitations qui sont les leurs. Ils ont besoin suffisamment tôt d'un suivi en fonction de leur situation individuelle lorsqu'ils choisissent une profession, recherchent des stages d'orientation et des places d'apprentissage, entament et suivent la formation, ou se préparent à la procédure de qualification.

3.1.5. Déclaration à l'AI

L'invalidité doit avoir été établie au moment où s'effectue la transition vers la formation professionnelle, afin que la personne concernée ait droit à des mesures d'ordre professionnel financées par l'assurance-invalidité. Or, tous les jeunes dont la santé physique, psychique ou mentale est affectée ne sont pas considérés comme des invalides au sens de la loi sur l'assurance-invalidité (LAI). Les enseignants ou les spécialistes concernés doivent rappeler en temps voulu aux parents leur obligation de déclarer leur fille ou leur fils à l'AI pour établir le droit aux prestations.

3.1.6. Collaboration et information

Les personnes qui suivent à divers titres la personne handicapée (représentants légaux, enseignantes et enseignants, corps médical, thérapeutes, conseillères et conseillers en orientation professionnelle, etc.) doivent travailler en étroite collaboration et partager les informations dont elles disposent, de manière à préparer puis accompagner la transition de l'école vers la formation professionnelle.

3.2. Attestation du handicap et mesures d'appui durant l'apprentissage

Les parties prenantes de la formation doivent considérer la première année d'apprentissage comme décisive et critique pour l'orientation. Ainsi, les écoles professionnelles informent les personnes entamant leur formation des possibilités de compensation des désavantages en présence d'un handicap ou de difficultés d'apprentissage, tout en les renseignant sur les personnes compétentes ainsi que les procédures à suivre. Si une mesure d'appui semble nécessaire, il incombe à la personne en formation et à ses représentants légaux d'engager les démarches nécessaires selon les critères et les indications ci-après:

- a. Il faut s'efforcer d'obtenir une collaboration entre tous les acteurs de la formation en vue de l'appui à donner (personne en formation – corps enseignant – instructeur des cours interentreprises – formateur en entreprise – autorité de surveillance).
- b. Dans l'idéal, il faut attester les troubles physiques, psychiques ou mentaux affectant la santé des personnes en formation avant que le contrat d'apprentissage ne soit signé.
- c. La compensation des désavantages est octroyée dans la mesure où le type de handicap n'empêche pas d'exercer la profession ou n'en altère pas l'exercice de manière déterminante.
- d. Si, en dépit de la compensation des désavantages, la personne concernée n'est pas en mesure d'acquérir les compétences de base du métier, il faudrait mettre fin au contrat d'apprentissage.
- e. La collaboration doit se traduire par une appréciation fondée sur la possibilité d'obtenir un certificat de fin d'apprentissage dans la profession choisie et l'appui nécessaire à cette fin.
- f. Parallèlement à l'établissement du diagnostic médical et à l'évaluation de l'impact du handicap sur la personne concernée, les mesures prévues sont définies, amorcées puis communiquées aux personnes en formation et à toutes les instances impliquées.
- g. Il faut consigner par écrit les mesures réalisées (cours supplémentaires, recours à des spécialistes, thérapies, moyens auxiliaires, etc.) et les documenter (cf. journal des mesures d'appui).

3.3. Responsabilités et compétences en matière de compensation des désavantages

Les autorités cantonales définissent les responsabilités.

Sujet	Instance ou personne compétente	Conditions
Connaissances professionnelles, culture générale, sport et maturité professionnelle	Direction de l'école professionnelle ou de l'école de maturité professionnelle et/ou autorité cantonale	Demande écrite, expertise actuelle établie par un spécialiste reconnu
Notes des cours interentreprises	Commission des cours ou autorité cantonale	Demande écrite, expertise actuelle établie par un spécialiste reconnu, attestation de l'entreprise formatrice
Note de l'entreprise formatrice	Formateur en entreprise responsable ou autorité cantonale	Entretien avec les représentants légaux et avec l'autorité cantonale
Examen partiel et examen de fin d'apprentissage (procédures de qualification)	Autorité cantonale	Demande écrite portant sur les mesures à prendre dans les domaines de qualification, expertise actuelle établie par un spécialiste, attestation des mesures d'appui durant la formation professionnelle initiale
Examen final de maturité professionnelle	Direction de l'école et/ou autorité cantonale	

Les instances et personnes compétentes qui figurent dans le tableau ci-dessus font parvenir les copies des documents à l'autorité cantonale

3.4. Compensation des désavantages lors de la procédure de qualification

- La procédure de qualification des personnes handicapées doit répondre aux exigences de la profession en question.
- Si la réussite à l'examen est conditionnée par la forme dans laquelle celui-ci se déroule et non pas son contenu, la personne en formation qui présente un handicap doit pouvoir demander à passer l'examen sous une forme adaptée à ce handicap. C'est notamment le cas lorsqu'en dépit de ses connaissances professionnelles, elle éprouve des difficultés à comprendre les consignes ou à réaliser la tâche sous la forme demandée.
- La compensation des désavantages est accordée si la demande à cette fin est déposée en même temps que l'inscription à l'examen. La réalisation des mesures d'appui préconisées par un centre spécialisé doit être attestée et consignée par écrit dans une convention ad hoc.**
- Seule peut être accordée une compensation des désavantages d'ordre formel, consistant en des mesures telles que l'octroi de temps supplémentaire, de pauses plus longues, d'instruments auxiliaires spécifiques ou d'autres mesures adéquates, par exemple une pièce séparée pour passer l'examen (art. 35, al. 3, de l'ordonnance du 19 novembre 2003 sur la formation professionnelle)
- La compensation des désavantages accordée n'est pas mentionnée dans l'attestation fédérale de formation professionnelle (AFP), le certificat fédéral de capacité (CFC) ou le certificat fédéral de maturité professionnelle (MP).

3.5. Marche à suivre

Au début de l'apprentissage, les personnes en formation concernées remplissent – avec leur interlocuteur de l'école professionnelle ou des cours interentreprises – le formulaire *Personne en formation avec handicap ou difficultés d'apprentissage et de résultats*.

Durant leur formation, les jeunes dont le handicap ou les difficultés d'apprentissage et de performance ont été attestés doivent consigner par écrit les mesures d'appui prévues dans un journal tenu à cet effet.

La demande de compensation des désavantages qui concerne la procédure de qualification doit être remise à l'autorité cantonale (autorité rendant la décision) au plus tard lors de l'inscription à l'examen de fin d'apprentissage.

Lors d'un changement de lieu de formation, les décisions d'une institution de formation responsable ou des autorités cantonales sont prises en considération par les nouvelles institutions de formation et autorités cantonales.

4. Documentation et instruments à la disposition de l'autorité rendant la décision

Document/outil	Auteur	Disponible auprès de
Compensation des inégalités pour personnes handicapées dans la formation professionnelle; rapport pour l'élaboration et l'examen des demandes de compensation des inégalités	CSFO, 2013	CSFO Maison des cantons, Speichergasse 6, Postfach 583 3000 Berne 7 www.sdbb-csfo.ch
Notice: compensation des inégalités frappant les personnes handicapées dans le cadre d'examens professionnels et d'examens professionnels supérieurs	SBFI 1.1.2013	SEFRI Effingerstrasse 27 3003 Berne www.sbf.admin.ch/berufsbildung/01472/01474/index.html

Renseignements

Secrétariat de la commission de la SCFP Formation Professionnelle initiale (CFPI)

5. Annexe

Mesures de compensation des désavantages

Il faut examiner et fixer individuellement chaque mesure de compensation des désavantages. Les indications de temps données ci-après servent à unifier la pratique en la matière dans les cantons à titre de normes reconnues pour le déroulement des procédures de qualification. L'énumération des mesures de compensation n'est pas exhaustive.

En règle générale, il faut convenir des mesures à prendre avec la commission d'examen compétente.

Comme la compensation des désavantages est fixée par voie de décision, celle-ci doit indiquer les voies de droit. Il est possible de définir et d'inscrire dans les règlements des mesures additionnelles de compensation des désavantages spécifiques à un handicap, en se fondant sur le rapport de la CSFO *Compensation des désavantages pour personnes handicapées dans la formation professionnelle*.

5.1. Dyslexie

Activité	Crédit-temps	Moyens auxiliaires / forme
Travaux pratiques	<ul style="list-style-type: none"> • Compréhension précise de la consigne de l'examen: + 15 minutes • Planification de la journée de travail: + 15 minutes • Conclusion des travaux à la fin de l'examen: + 30 minutes 	<ul style="list-style-type: none"> • Accorder le droit de recevoir des explications sur le déroulement de l'examen et son contenu
Travaux écrits	<ul style="list-style-type: none"> • + 10 à + 20 minutes au maximum par heure d'examen • Aménagement individuel de pauses d'un maximum de 30 minutes 	<ul style="list-style-type: none"> • Libeller la documentation d'examen de manière claire et lisible • Utiliser une plus grande police de caractère que d'habitude • Dissocier clairement les différentes questions de l'examen • Autoriser, au cours de l'examen, les questions de compréhension ou de précision du contenu • Expliquer les matières d'examen avec précision dans toutes les disciplines • Permettre aux candidats de se familiariser préalablement avec la présentation des feuilles d'examen • Compléter la forme de l'examen, par ex. par de l'écrit ou/et de l'oral • Autoriser l'utilisation de moyens électroniques • Mener l'examen dans une pièce séparée • Mettre à disposition un dictionnaire (électronique) • Autoriser le correcteur orthographique de l'ordinateur • Juger les compétences linguistiques en tenant compte de toutes les aptitudes essentielles à la communication (parler, lire, écouter, écrire). Par conséquent, les faiblesses dans l'expression écrite (en particulier les fautes d'orthographe) ne doivent pas forcément entraîner une note insuffisante.
Examen oral	<ul style="list-style-type: none"> • + 10 à + 20 minutes au maximum en règle générale 	Aucun

5.2. Dyscalculie

Activité	Crédit-temps	Moyens auxiliaires
Travaux pratiques	<ul style="list-style-type: none"> Pour la compréhension précise de la consigne de l'examen: + 15 minutes <p>En plus:</p> <ul style="list-style-type: none"> Pour les exercices de mathématiques: + 10 à + 20 minutes au maximum 	<ul style="list-style-type: none"> Autoriser éventuellement les calculatrices et les tableaux de formules Accorder le droit de recevoir des explications sur le déroulement de l'examen et son contenu
Travaux écrits	<ul style="list-style-type: none"> Pour les exercices à caractère principalement mathématique: + 10 à + 20 minutes au maximum par heure d'examen 	<ul style="list-style-type: none"> Autoriser éventuellement les calculatrices et les tableaux de formules Accorder le droit de recevoir des explications sur le déroulement de l'examen et son contenu Mener l'examen dans une salle séparée
Examens oraux	<ul style="list-style-type: none"> Pour les exercices de mathématiques: + 10 à + 20 minutes au maximum en règle générale 	<ul style="list-style-type: none"> Autoriser éventuellement les calculatrices Autoriser les calculatrices ou les tableaux de formules

5.3. Trouble du déficit de l'attention avec ou sans hyperactivité (TDA/H)

Activité	Crédit-temps	Moyens auxiliaires
Travaux pratiques	<ul style="list-style-type: none"> Selon symptômes, aménagement individuel de pauses d'un maximum de 30 minutes par jour 	<ul style="list-style-type: none"> Evtl. mettre à disposition une salle d'examen séparée, à l'atmosphère tranquille Personne de contact attitrée Libeller la documentation d'examen de manière claire et lisible Accorder le droit de recevoir des explications sur le déroulement de l'examen et son contenu
Travaux écrits	<ul style="list-style-type: none"> + 10 à + 20 minutes au maximum par heure d'examen Aménagement individuel de pauses d'un maximum de 30 minutes 	<ul style="list-style-type: none"> Evtl. mettre à disposition une salle d'examen séparée à l'atmosphère tranquille Libeller la documentation d'examen de manière claire et lisible Formuler clairement, de manière simple et compréhensible, les tâches de l'examen Offrir la possibilité d'utiliser un ordinateur Compléter la forme de l'examen, par ex. par de l'écrit ou/et de l'oral Lire à voix haute les exercices écrits Mettre un dictionnaire (électronique) à disposition Autoriser l'utilisation du correcteur orthographique de l'ordinateur Fournir un dictaphone
Examens oraux	<ul style="list-style-type: none"> + 10 à + 20 minutes au maximum en règle générale 	Aucun

Demande de compensation des désavantages

Dernière année de la procédure de qualification:

- Examen partiel
 Examen de fin d'apprentissage

remettre la demande **au plus tard** lors de l'inscription à l'examen de fin d'apprentissage

1. Données personnelles

Numéro du contrat d'apprentissage:

.....

Nom: Profession:
Prénom: Orientation/Branche:
Rue: Entreprise formatrice:
Domicile: Lieu:
Tél. privé: Tél. professionnel:

2. Handicap affectant les performances

- dyslexie: dyscalculie
 TDA/H: autre:.....
expertise réalisée par: spécialiste:

3. Demande de compensation des désavantages par la personne compétente

(fondée sur le journal des mesures d'appui et l'avis des centres spécialisés consultés)

Domaines de qualification concernés:

.....
.....

Type de compensation des désavantages (moyens auxiliaires, appareils):

.....
.....

Périmètre de la compensation des désavantages (prolongation de la durée de l'examen):

.....
.....

4. Annexes

- Expertise actuelle Autre:
- Journal des mesures d'appui - Notes du semestre - Bulletins scolaires

Date: **Signature:**

Personne en formation:
Formateur compétent:
Formateur en entreprise responsable: